

Beilage

Zum Amtsblatt 1/96 der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Stasi-Überwachung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

Zwischenbemerkungen aus der Sicht der Forschung

Der XII. Synode der Kirchenprovinz
auf ihrer 4. Tagung
am 17.11.1995 in Halle
vorgelegt von

Harald Schultze

Zur Einführung

Der Überprüfungsausschuß der Kirchenprovinz Sachsen legt der Synode auf der Novembertagung 1995 seinen Bericht vor. Er nennt die Ergebnisse der Mitarbeiterüberprüfungen nach dem gegenwärtigen Sachstand und gibt zugleich Erfahrungen wieder, die der Ausschuß in seiner dreijährigen Arbeit gesammelt hat. Die Aufgabe der Überprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Verkündigungsdienst und Mitgliedern der Synode auf mögliche Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR ist an einer ganz bestimmten, streng begrenzten Fragestellung orientiert. Unter kritischer Auswertung der Aktenlage und im persönlichen Gespräch wird ermittelt, wie einzelne kirchliche Mitarbeiter beteiligt und dafür verantwortlich waren.

Dies ist aber nur ein Teil dessen, was wir als *Überwachung der Kirchenprovinz Sachsen durch das MfS* bezeichnen müssen. Die Zusammenarbeit mit Kontaktpersonen und Inoffiziellen Mitarbeitern war für das MfS nur Mittel zum Zweck: Es ging um die Überwachung der Kirche insgesamt, um die Ausspähung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihrer Kontakte über die Grenzen der DDR hinaus. Das MfS sah in der Evangelischen Kirche „feindlich-negative Kräfte“ am Werk, deren Wirksamkeit zu begrenzen oder besser zu zerschlagen war. In zunehmendem Maße versuchte das MfS, selbst Einfluß zu nehmen, um prophylaktisch zu verhindern, daß aus Aktivitäten der Kirche insgesamt oder von einzelnen ihrer Mitarbeiter Konflikte für die DDR entstünden. Dazu wurden alle Mittel der technischen, zoll- und polizeidienstlichen Überwachung mobilisiert. Besonders verdächtige Personen wurden „operativ bearbeitet“, d. h. einer operativen Personenkontrolle (OPK) oder einem operativen Vorgang (OV) unterzogen. Ergebnisse dieses Informationssystems waren umfangreiche Maßnahmeplanungen, zu denen die Koordinierung mit dem Staatsapparat und dem Apparat der SED gehörten. Um diesen Kontext der MfS-Überwachung besser ermitteln zu können, hat die Kirchenleitung Forschungsaufträge zu einzelnen Themen der kirchlichen Zeitgeschichte erteilt. Diese Forschungsarbeit steckt in den Anfängen, weil Sachakten der Bezirksverwaltungen des MfS erst in einem geringen Maß der Auswertung zur Verfügung stehen. Auf der Basis des Quellenstudiums wird mit dem hier vorgelegten Bericht versucht, in Ergänzung zum Sachstandsbericht des Überprüfungsausschusses den Kontext dieses Überwachungssystems aufzuzeigen und an einzelnen Beispielen zu verdeutlichen. Vollständigkeit ist weder möglich noch angestrebt. Sich mit diesen Befunden auseinanderzusetzen, bedarf des geduldigen, offenen Gesprächs. Dazu möchten die Reflexionen beitragen, die der Sachdarstellung angefügt sind. Der vorliegende Bericht ist im Auftrag der Kirchenleitung entstanden. Er ist im Plenum der Kirchenleitung ausführlich durchgesprochen worden, wird aber in dieser Form von mir verantwortet.

Harald Schultze

1. Über die Aussagefähigkeit der bisherigen Überprüfungsergebnisse

Die Auswertung von Zwischenergebnissen bedarf besonderer Umsicht. Der Bericht des Überprüfungsausschusses nennt 56 Fälle von IM-Registrierungen aus der Kirchenprovinz Sachsen. Wenn von diesen 56 Fällen die 39 Fälle abgerechnet werden, in denen der Überprüfungsausschuß Entlastung erteilt hat, bleibt ein Bestand von 17 Fällen, in denen sich eine wirkliche Belastung durch die Zusammenarbeit kirchlicher Mitarbeiter mit dem MfS gezeigt hat. Wenn man diese Zahl auf die Zahl der 2 078 Bescheide auf Überprüfungsanträge aus der Kirchenprovinz bezieht, ergibt sich statistisch, daß etwas weniger als 1 der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verkündigungsdienst und in der Provinzialsynode durch MfS-Zusammenarbeit belastet sind. Diese Zahl liegt wesentlich unter den Annahmen, unter denen 1991 in der Presse diskutiert wurde. Die Belastungen innerhalb der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen würden damit im Rahmen der Belastungen aus der Gesamtbevölkerung bleiben. Dies ist insofern ein erstaunliches Ergebnis, weil umgekehrt mit einem viel stärkeren Einsatz von IM-Leuten gerechnet werden mußte - glaubte doch das MfS, daß sich in den Kirchen besonders zahlreiche „feindlich-negative Kräfte“ sammeln, die dort (wegen des Fehlens der SED-Einflußmöglichkeiten) nur unter erschwerten Bedingungen bearbeitet werden konnten.

Die jetzt vorliegenden statistischen Ergebnisse erlauben aber nur ein vorläufiges Urteil. Erst 1993 hatte die Synode der KPS beschlossen, alle dem Disziplinarrecht unterstehenden aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überprüfen zu lassen; die seitdem eingereichten Anträge sind noch nicht vollständig beschieden. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß - wegen der erhöhten Bearbeitungsdauer in schwierigen Fällen - noch eine Reihe von bisher unerwarteten, problematischen Fällen aufgedeckt werden. In der Statistik des Überprüfungsausschusses erscheinen auch nicht diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zwischen 1989 und 1993 aus dem Dienst der Kirchenprovinz ausgeschieden sind - zu ihnen gehören z. B. Marion Staude und Detlef Hammer. Für die Mitglieder der Synode der Kirchenprovinz und die Kirchenbeamten des Konsistoriums kann mit einer vollständigen Bearbeitung der Überprüfungen gerechnet werden; für andere Mitarbeiter - z. B. die Angestellten des Konsistoriums - werden die Anträge jetzt erst gestellt.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, daß der prozentuale Anteil der Belastungen sicherlich noch steigen wird. Es wäre aber falsch, mit einer sehr hohen Dunkelziffer zu rechnen. Grundsätzlich bleibt zu beachten, daß die Überprüfungen ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im gegenwärtigen aktiven Dienst (Stichjahr ca. 1991/1993) der Kirchenprovinz betreffen. Belastungen von Personen, die früher im kirchlichen Dienst gestanden haben (z. B. Pressepfarrer Jürgen Kapiske 1983-1987 = IM „Walter“; Verwaltungsleiter Peter Fischer/Naumburg), werden dabei nicht erfaßt. Wir haben damit zu rechnen, daß im Rahmen der Forschung aus den Jahren seit 1949 noch eine Reihe von (möglicherweise schmerzlichen) Fällen bekannt werden. Die Quote der Belastungen wird höchstwahrscheinlich den Rahmen dessen nicht überschreiten, was in anderen für das MfS relevanten Bereichen der DDR (Kunst, Literatur, Gesundheitswesen, Sport, Hochschulen) an MfS-Belastungen erkennbar ist.

Trotzdem gibt der statistische Befund keine zureichende Antwort auf die grundsätzlicheren Fragen: Was hat es für Zeugnis und Dienst unserer Kirche bedeutet, daß sich in den verschiedensten Verantwortungsbereichen Menschen gefunden haben, die - aus welchen Gründen auch immer - mit dem MfS zusammengearbeitet haben?

Um der Glaubwürdigkeit der Verkündigung des Evangeliums willen und wegen des Vertrauens, das die Basis aller Seelsorge ist, bedeuten selbst Einzelfälle eine wirkliche Beschädigung solcher Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit. Es ist daher geboten, so sorgfältig wie möglich zu ermitteln, was wirklich geschehen ist und welchen Effekt diese Tätigkeiten für die Staatssicherheit der DDR erbrachten.

2. Erfahrungen mit repressiven Maßnahmen des Staatsapparats und seiner Sicherheitsorgane

Seit den scharfen Angriffen des Staatsapparates der jungen DDR auf die evangelischen Kirchen hatten die Landeskirchen im ganzen Raum der DDR Erfahrungen damit gemacht, wie kirchenfeindlich die DDR-Führung eingestellt war und zu welchen Reaktionen sie immer wieder fähig war.

Die schlimmsten Maßnahmen der Jahre 1952/53 (Beschlagnahme der Pfeifferschen Stiftungen, der Neinstedter Anstalten und des Schlosses Mansfeld; Inhaftierung von Diakon Fritz Hoffmann und Studentenpfarrer Johannes Hamel, Prof. Kurt Aland/Halle, Direktor Goedecke/Völpke und Landwirt Wilhelm Borchert/Nahrstedt) wurden mit dem „neuen Kurs“ vom Juni 1953 zurückgenommen. Neben den die Kirchen generell betreffenden Repressionen (z. B. Verweigerung der Durchführung der Christenlehre in Schulräumen, Durchsetzung der Jugendweihe auf Kosten der Konfirmation) gab es besondere Erfahrungen in der Kirchenprovinz Sachsen:

- Nach dem Geldumtausch am 13.10.1957 kam es zur Verhaftung von Konsistorialpräsident Kurt Grünbaum und OKR Dr. Siegfried Klewitz in Magdeburg, weil diese versucht hatten, noch in Westberlin befindliche DDR-Zahlungsmittel für die Kirche zu retten. Bei einem der Verhöre starb OKR Erich Hein (geb. 27. 4. 1902) an einem Herzanfall.

- In den harten Auseinandersetzungen um die Kollektivierung in der Landwirtschaft kam es zu Verhaftungen: Bernhard Brinksmeier, damals Pfarrer im Kirchenkreis Zeitz, wurde wegen seines Eintretens für Bauern inhaftiert; Landwirt Wilhelm Borchert/Nahrstedt, der lange der Magdeburger Kirchenleitung angehört hatte, wurde 1958 erneut inhaftiert und erst 1961 entlassen.

- 1959 wurde in Magdeburg die Heiliggeistkirche abgetragen und gesprengt, obwohl sie nach der Kriegszerstörung bereits saniert war.
- Die Zwangsenteignung kirchlicher Heime im Sperrgebiet (Schloß Ilsenburg, Heime in Schierke und Elend) war eine Folge des Mauerbaus.
- 1983 zeigte die Verhaftung von Diakon Lothar Rochau, daß die DDR-Justiz auch einen kirchlichen Mitarbeiter inhaftierte, wenn er von seiner Kirche nicht mehr uneingeschränkt gedeckt wurde.

Die Behinderung der Jugendarbeit, insbesondere der Rüstzeiten und der Offenen Arbeit, die Engmaschigkeit des Ordnungswesens (Vervielfältigungsverordnung, Veranstaltungsverordnung) und das Mißtrauen des Polizeistaates gegenüber jeder Aktion, die nicht von der FDJ oder anderen Organisationen der DDR initiiert wurde, hielten den Mitarbeitern der Kirche das Kontrollsystem der Staatssicherheit ständig bewußt. Wer aus dem Reglement allgemeiner Unauffälligkeit und Anpassung ausscherete, mußte stets damit rechnen, zur Rede gestellt zu werden. Die Zusammenarbeit mit diesem Spitzel- und Kontrollsystem galt daher bei der Mehrheit der Bevölkerung als ehrenrührig. Innerhalb der Kirche konnte eigentlich als selbstverständlich vorausgesetzt werden, daß sich niemand zum Handlanger dieses Systems freiwillig zur Verfügung stellte. Daß Menschen, die mit der „Rechtsordnung“ der DDR in Konflikt gekommen waren, erpreßt wurden zu einer solchen Zusammenarbeit, gehörte freilich ebenso zu den Grunderfahrungen der DDR-Zeit.

3. Überprüfungsergebnisse aus anderen Landeskirchen und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR

Inzwischen liegen, ähnlich wie für die Kirchenprovinz Sachsen, Berichte über die weitgehend zum Abschluß gekommenen Überprüfungen in den anderen Landeskirchen des DDR-Bereichs vor. Die Größenordnung der Prozentzahlen von IM-Registrierungen sind generell ähnlich, auch wenn graduelle Unterschiede nicht bagatellisiert werden dürfen.

Auffallend ist insgesamt, daß in zentralen Leitungsgremien (Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen, Rat der EKU, Kirchenkanzlei der EKU/Bereich DDR und Sekretariat des Bundes, Leitung des Diakonischen Werks der DDR) eine Reihe von kirchlichen Mitarbeitern als Inoffizielle Mitarbeiter registriert worden sind. Auch hier verbieten sich Generalisierungen. Werbungsvorschläge und IM-Vorläufe bedeuten keine Belastung, sind aber Zeichen des hohen Interesses des MfS, leitende Mitarbeiter zu gewinnen. In Einzelfällen (z. B. in Greifswald) handelt es sich um Kontakte, die leitende Mitarbeiter wahrgenommen haben, um bestimmte kirchenpolitische Anliegen erfolgreich voranzutreiben. In der katholischen Kirche hat jeweils der Bischof eine Kontaktperson für die Gespräche mit dem MfS benannt. Für die evangelischen Kirchen liegt eine generelle Praxis dieser Art nicht vor. Deshalb darf von Einzelvorgängen nicht auf die gesamte Evangelische Kirche zurückgeschlossen werden. Die Sonderrolle von Manfred Stolpe ist von dem Vorermittlungsausschuß der EKD und der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg inzwischen abschließend durchleuchtet worden.

Generell ergibt sich jedoch aus diesem Vergleich, daß das MfS mit wachsender Intensität in den 70er und 80er Jahren bemüht gewesen ist, in den Landessynoden, den landeskirchlichen Dienststellen und den Kirchenleitungen verläßliche Inoffizielle Mitarbeiter zu gewinnen; wo dieses nur in Ausnahmefällen gelang, wurden die Bemühungen, über den Staatsapparat auf die Verantwortungsträger Einfluß zu nehmen, intensiviert. Die Zielstellung auf dieser Ebene bestand nicht so sehr in der Kriminalisierung einzelner Mitarbeiter, sondern in dem Bemühen, auf die Leitungsprozesse der Kirchen so Einfluß zu nehmen, daß möglichst öffentliche Konflikte, die von der Westpresse hätten ausgenutzt werden können, vermieden wurden.

4. Informationsbeschaffung des MfS durch Inoffizielle Mitarbeiter und durch operative Überwachungsvorgänge

Durch die Arbeit des Überprüfungsausschusses und durch verschiedene Forschungsarbeiten in dem Archivmaterial des MfS wird zunehmend erkennbar, in welchem Maße das MfS über Inoffizielle Mitarbeiter in den einzelnen Gremien und Institutionen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen verfügte. Die Angaben beziehen sich im wesentlichen auf die Mitte der 80er Jahre.

Noch 1988 meldete das MfS, daß das System der Informationsbeschaffung unzureichend lief. Um die Vielschichtigkeit der Problematik zu erkennen, ist es nötig, den gegenwärtig bekanntgewordenen IM-Aktivitäten gegenüberzustellen, welch dichtes Netzwerk von „operativen Personenkontrollen“ (OPK) und „operativen Vorgängen“ (OV) gegenüber einflußreichen kirchlichen Mitarbeitern entwickelt wurde.

Dabei ist methodisch zu beachten, daß durch die Regelüberprüfung für die Mitarbeiter der Kirchenprovinz, die dem Disziplinarrecht unterliegen, in Kürze eine vollständige Erfassung vorliegen wird; OPK- und OV-Akten wer-

den aber nur dann bekannt, wenn die Betroffenen selbst einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt haben. Vorläufig können hier nur beispielhaft Fälle benannt werden.

Synode der Kirchenprovinz

Nach der Wende haben drei Mitglieder der Synode in öffentlicher Sitzung bekannt, daß sie über Vorhaben, zum Teil auch über Arbeitsvorgänge auf der Synode berichtet haben. In einer früheren Legislaturperiode war Jürgen Hartfiel als IM „Jörg Jürgensen“ ebenfalls zu Berichten bereit. Ein Mitglied der Synode hat dem Überprüfungsausschuß berichtet, wie er mit einer Reiseermöglichung in einer sehr dringenden Familienangelegenheit zur Mitarbeit erpreßt werden sollte und dann lieber auf diese nötige Reise verzichtet hat. Mehrere Mitglieder der Synode sind in operativen Vorgängen bearbeitet worden [Jürgen Runge (OV „Schatten“), Friedrich Schorlemmer (OV „Johannes“), Hans-Jochen Tschiche (OV „Spitze“), Günter Buchenau, Helmut Hartmann].

Kirchenleitung

Bischof Demke hatte in akuten Einzelfällen, wie früher auch Bischof Werner Krusche, Gespräche mit Mitarbeitern des MfS geführt (vgl. unten Ziff. 7 (4)). Ein Mitglied der Kirchenleitung ist durch die Veröffentlichung der Bildzeitung in Halle als IM benannt worden, er ist daraufhin aus dem kirchlichen Dienst ausgeschieden. Überwachungsvorgänge galten über lange Jahre hindurch Bischof Werner Krusche (OPK „Eminenz“), Propst Friedrich-Wilhelm Bäumer (OPK „Stellvertreter“), Pressepfarrer Hans-Peter Steinhäuser (OPK „Redakteur“), Propst Heino Faicke (OV „Milan“). Durch Detlef Hammer und Marion Staude als eingeschleuste Mitarbeiter des Konsistoriums verfügte das MfS regelmäßig über detaillierte Berichte aus der Kirchenleitung. Demgegenüber ist aber hervorzuheben, daß aus der Zeit vor der Beteiligung von Detlef Hammer vergleichbare Berichte fehlen; ebenso sind keine entsprechenden Berichte aus dem Propstkonvent bekanntgeworden.

Konsistorium

Mit Detlef Hammer (OibE „Günther“) und Marion Staude (HIME „Elke Brandt“, „Anke Köhler“) wurden zwei vom MfS eingeschleuste Mitarbeiter zu Mitgliedern des Kollegiums. Pressepfarrer Jürgen Kapiske ist in freier, offenbar vom MfS nicht gesteuerter Entscheidung der Kirchenleitung berufen worden - ohne zu ahnen, daß er sich in einem so uneingeschränkten Maße mit dem MfS identifizierte. Auch Reinhard Miethling, der Kraftfahrer von Bischof Demke, hat für das MfS gearbeitet (IM „Marcel Philipp“), ebenso wie ein Kirchenbeamter des gehobenen Dienstes (HIM „Max Winter“). Außerdem ist von drei anderen Mitarbeitern des Konsistoriums bekannt, daß sie als IM tätig waren.

Es entspricht den Erfahrungen aus anderen Landeskirchenbehörden, daß diese Schaltstellen kirchlicher Verwaltung in besonderem Maße im Visier des MfS standen. Spiegelbildlich gehört dazu, daß mehrere Mitglieder des Kollegiums in einer operativen Personenkontrolle bearbeitet wurden, z. B. OKR Dr. Peter Schicketanz (OPK „Ausbilder“) und OKR Christfried Berger (OPK „Diplomat“),

Diakonie

Aus dem Bereich der Diakonie sind leitende Mitarbeiter nach den bisherigen Erkenntnissen nicht als IM geführt worden.

Informationen über IM-Tätigkeit auf verschiedener Ebene im Diakoniewerk Halle liegen vor: Eine leitende Mitarbeiterin, ein Kraftfahrer und ein anderer Mitarbeiter sollten den Direktor, Ärzte und die Baumaßnahmen des Diakoniewerks observieren.

Sektion Theologie/Theologische Fakultät Halle

Es gehört nicht zu den Aufgaben dieses Berichtes, über die Kontakte von einzelnen Mitgliedern des Lehrkörpers oder der Assistentenschaft der Theologischen Fakultät/ Sektion Theologie Halle zu berichten - als Mitarbeiter einer staatlichen Institution unterliegen sie nicht der kirchlichen Überprüfung. Ausnahmefälle sind diejenigen Professoren, die jeweils Mitglieder der Synode der Kirchenprovinz und Berater der Kirchenleitung waren. In einem Fall hat der Überprüfungsausschuß (wegen eines dienstlich geführten MfS-Kontaktes) im Hinblick auf das kirchliche Engagement des Professors volle Entlastung erteilen können. Über die Tätigkeit von Prof. Dr. Traugott Holtz (IM „Prof. Baum“) hatte der Überprüfungsausschuß der Kirchenprovinz nicht zu befinden, weil die Klärung durch die Universität selbst erfolgte und dort im Rahmen eines Verwaltungsgerichtsprozesses ein Vergleich zustande gekommen ist.

Kirchliche Ausbildungsstätten

An den kirchlichen Ausbildungsstätten ist das Überwachungsinteresse des MfS vielfach diskutiert worden; Neuimmatrikulierte am Katechetischen Oberseminar wurden ausdrücklich darauf verpflichtet, gegebenenfalls Werbungsversuche des MfS unmittelbar dem Rektor mitzuteilen. Unter den Dozenten des Katechetischen Oberseminars Naumburg ist nur ein Fall einer IM-Tätigkeit bekanntgeworden (dessen IM-Tätigkeit bereits in seiner Studentenzeit, lange vor der Berufung ans KOS, begonnen hatte). Dagegen ist es dem MfS gelungen, einen hauptamtlichen Mitarbeiter in den 80er Jahren als Verwaltungsleiter von Oberseminar und Proseminar erfolgreich zu etablieren (Peter Fischer als HIME „Arnold Scheibner“, vorher „Helmut Albrecht“). Am Proseminar ist ein

Dozent als IM tätig geworden. An der Predigerschule Erfurt hatte einer der Dozenten langjährige Kontakte mit einem MfS-Offizier, über die er aber das Dozentenkollegium informiert hatte. Aus den Predigerseminaren der EKU werden zwei Dozentennamen genannt. Für Hans-Jürgen Schulz/Wittenberg fehlt die Akte; da er selbst verstorben ist, kann er nach der Struktur seiner Gespräche mit einem MfS-Offizier nicht mehr gefragt werden. In dem zweiten Fall ist eine Bearbeitung wohl noch nicht erfolgt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verkündigungsdienst

Der Überprüfungsausschuß hat bei 10 Pfarrern belastende IM-Kontakte feststellen müssen. Wolfgang Reckzeh (IM „Wolf“) ist aus dem Dienst der Kirchenprovinz Sachsen ausgeschieden und hat damit die Ordinationsrechte verloren. Dr. Detlev Haupt (IM „Raucher“) und Martin Kunze sind durch Urteil des Disziplinarhofs der EKU ihrer Pfarrstelle enthoben worden mit einer Sperrfrist von zwei Jahren.

Die Verantwortung, die beide an dieser Verstrickung tragen, ist ausführlich diskutiert worden. Nach Abschluß der Disziplinarstrafe ist beiden Brüdern ein Neuanfang im Pfarrdienst möglich. Drei Pfarrer haben einen Disziplinarverweis erhalten. In Einzelfällen stehen die Abschlußentscheidungen noch aus.

Bei der Statistik über Belastungen durch inoffizielle Mitarbeit für das MfS darf umgekehrt nicht vergessen werden, daß etliche Gemeindepfarrer „operativ bearbeitet wurden“, d. h. vom MfS als „feindlich-negativ“ eingeschätzt wurden. Friedrich Schorlemmer wurde im OV „Johannes“ bearbeitet. Die Superintendenten Helmut Hartmann (OV „Trend“), Klaus Stange (OV „Glocke“) und Günter Buchenau (OV „Montanus“) verfügen jeweils über z. T. umfangreiche OV-Akten. Pfarrer Bernd Winkelmann, damals Bischofrod, sollte isoliert und d. h. „zersetzt“ werden. Weitere operative Kontrollen liegen für Lothar Tautz (OV „Schütze“), Ursula Meckel (OV „Kathedrale“), Dr. Gerhard Loettel (OPK „Doktor“), Giselher Quast (OPK „Dom“), Martin Herzfeld (OPK „Organisator“), Aribert Rother (OPK, später OV „Abt“) Ingo Rockmann (OPK „Petri II“) vor. Wahrscheinlich ist diese Liste ganz lückenhaft; bei Überprüfungen werden IM-Registaturen, nicht aber OPK- oder OV-Akten mitgeteilt.

Unter den 359 Katechetinnen und Katecheten der Kirchenprovinz (Stand 1984) sind zwei erheblich belastet (IM „Nixe“ und IM „Romeo“).

Daß der Gemeindepädagoge Jörg Franke als OV „Pädagoge“ bearbeitet wurde, ist umgekehrt sicher auch kein Einzelfall.

Die Arbeit des Jungmännerwerks, des Provinzialjugendpfarramts und der Studentengemeinden standen, wie in anderen Landeskirchen auch, unter erhöhtem Sicherheitsinteresse. Frühere Studentenpfarrer haben noch nicht ausführlich darüber berichtet, ob sie bereits ihre Akten eingesehen haben. Für Wolf Krötke, Martin Uhle-Wettler und Georg Nuglisch sind Operativ-Akten geführt worden; Curt Stauss, Rudolf Reese und Lothar Rochau wurden ebenfalls operativ bearbeitet. Dagegen ist bisher - außer der MfS-Verbindung von Studentenpfarrer Detlev Haupt in Erfurt - nicht bekanntgeworden, daß hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Arbeitsbereiche in der Kirchenprovinz Sachsen mit dem MfS konspirativ zusammengearbeitet hätten.

Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt

Die Bemühungen des MfS um Überwachung der Arbeit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt sind seit Ende der 70er Jahre vor allem geprägt durch die Konfrontation mit Hans-Jochen Tschiche, dem Leiter der Akademie. Die Überwachung von Provinzialpfarrer Tschiche im OV „Spitze“ und die dramatischen Bemühungen, über Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Akademietagungen Einfluß zu nehmen oder Störungen zu provozieren, sind im Bericht von Hans-Jochen Tschiche (Wider den Strom. In: Einsichten in Evangelische Akademiarbeit. Gründung und Entwicklung der Evangelischen Akademie in der Kirchenprovinz Sachsen und der Landeskirche Anhalt. - Tagungstexte der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, hrsg. von Heidemarie Wüst. Band 2, Magdeburg 1994, 115-147) im Überblick dargestellt worden; das Aktenmaterial füllt Bände.

Gruppen

Die Überwachung der Friedens-, Umwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen in der Kirchenprovinz ist noch nicht systematisch erforscht worden.

Für die Berliner Situation ist durch die umfangreichen Akteneinsichtnahmen führender Gruppenmitglieder inzwischen erkennbar, in welcher unwahrscheinlich starkem Maße diese Gruppen durch Inoffizielle Mitarbeiter observiert worden sind. Durch Inoffizielle Mitarbeiter, die vielfach zu dem engagierten Kern der Gruppe selbst gehört haben. Vergleichbares ist für die Friedensarbeit im Bereich der Magdeburger Studentengemeinde und der Martinsgemeinde Magdeburg durch die Enttarnung von Jochen Brothuhn als IM „Bernd Hübner“ bekanntgeworden. Operativ wurden aus Gruppen in der Kirchenprovinz z. B. Dr. Erika Drees, Katrin Eigenfeld (OV „Inspirator“), Frank Eigenfeld (OV „Passion“), Michael Beleites (OV „Entomologe“), Andreas Schaller (OV „Pazifist“), Christoph Radke (OV „Schreiber“), Michael Klein (OPK „Verstoß“), Wolfgang Kupke (OV „Mühle“), die Ärzte Dr. Schröter (OV „Cobra“), Michael Büdke (OPK „Fuchs“), Eckart Bohley (ACPK „Arzt“) bearbeitet.

Ende 1988 ist durch die Zentrale des MfS angeordnet worden, daß die Tätigkeit der Gruppen systematisch erfaßt werden sollte. Aus der BV Halle liegt inzwischen der Aktenordner vor (BV Halle, Abt. XX, Sachakte 748), der komplette Listen von Leitungsmitgliedern, Teilnehmern und Vervielfältigungserzeugnissen der einzelnen

Gruppen in sämtlichen Kreisen des Bezirkes Halle enthält. Kirchlicherseits ist eine solche Erhebung nie gemacht worden. Faktisch stellt die MfS-Registrierung Basismaterial zur Verfügung, das eine gründliche Bearbeitung, möglichst im Verbund mit Mitgliedern jener Gruppen und deren Sachkenntnis, ermöglicht. Eine ähnliche gründliche Zusammenstellung war von der BV Halle bereits 1984 (Akte BV Halle, Abt. XX, Sachakte 116) gemacht worden.

Zusammenfassung

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand muß festgestellt werden, daß das MfS durch Inoffizielle Mitarbeiter in den 80er Jahren über die Vorgänge der Synode der Kirchenprovinz, der Kirchenleitung und des Konsistoriums unmittelbar Informationen erhielt.

Für die Ausbildungsstätten, die Jugend- und Studentenarbeit und besonders relevante Einrichtungen sind nur wenige Inoffizielle Mitarbeiter bekanntgeworden - es kann damit gerechnet werden, daß einige jener Kollegien oder Mitarbeiterteams nur indirekt ausgekundschaftet werden konnten. Wo das politische Kontrollinteresse des MfS besonders groß war, wurde um so intensiver durch die Observierung einzelner Personen versucht, Kenntnisse zu erreichen.

Vergleichbare Analysen für die Arbeit von Kreiskirchenräten und Gemeindekirchenräten liegen noch nicht vor. Wieweit Kreisdienststellen des MfS auch an örtlichen Vorgängen intensives Interesse hatten, ist noch nicht systematisch untersucht worden. Eindeutig ist dagegen geworden, mit welchem hohem Aufwand das MfS bemüht war, die Leitungsebene der Landeskirche, ihre Mitarbeiterausbildung, ihre Jugendarbeit und die besonders öffentlichkeitsrelevanten Aktivitäten (Akademie, sozialethisch orientierte Gruppen, Pressearbeit) zu überwachen durch eine immer genauere Informationsermittlung.

5. Beispielfälle der Überwachung 1980-1983

Um die Wirksamkeit der Überwachung kirchlicher Aktivitäten durch besondere Maßnahmen des MfS prüfen zu können, sei auf einige Einzelvorgänge aus den Jahren 1980-1983 verwiesen.

(1) Synodaltagung 13.-16.11.1980 in Halle (2. Tagung der IX. Synode der KPS)

Nachdem sich die Provinzialsynode im Juni 1980 neu konstituiert hatte, war auf der Novembertagung in Halle die neue Kirchenleitung zu wählen. Der Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung und mögliche Stellungnahmen zu politischen Ereignissen standen im besonderen Interesse des MfS. Die weltpolitische Situation des Herbstes 1980 war hoch brisant: Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan im Dezember 1979 hatte die Kirchenleitung der Kirchenprovinz im Januar/Februar 1980 mit Aufrufen zu besonderer Fürbitte reagiert. Die Streiks in Polen im Sommer 1980 konfrontierten mit der starken politischen Kraft in der Gewerkschaft Solidarnosc. Es stand zu befürchten, daß sich Ereignisse wie in Prag 1968 wiederholen könnten. Die Sowjetunion zögerte nach dem Echo auf den Einmarsch in Afghanistan, Truppen nach Warschau zu entsenden. Die DDR reagierte mit einer radikalen Einschränkung von Besuchsreisemöglichkeiten nach Polen. Um jeden Preis sollte vermieden werden, daß die polnischen Ereignisse auf das Gebiet der DDR übergriffen. Im Oktober 1980 war außerdem für Besucher aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, d. h. vor allem aus der Bundesrepublik, ein Mindestumtauschsatz pro Tag von 25 DM festgelegt worden - eine Maßnahme, die einerseits dem Valutabedarf der DDR entsprach, zugleich aber die Besuche von Westdeutschen in der DDR drastisch reduzieren sollte. In dieser hochgespannten Situation ist auf zentraler kirchlicher Ebene (Bischöfskonvent, Konferenz der Kirchenleitungen, Bundessekretariat) intensiv diskutiert worden, in welchem Maße kirchliche Proteste Chancen für eine Verbesserung der Situation bringen könnten - oder aber zu Verschärfungen führen mußten, die z. B. gerade für die polnische Situation kontraproduktiv werden mußten.

In dieser Situation hat der Staatsapparat versucht, auf die Stellungnahmen der Landessynoden Einfluß zu nehmen; die Synode der Kirchenprovinz war dabei in besonderem Maße Gradmesser.

Die Bezirksverwaltungen des MfS in Halle und Magdeburg arbeiteten gemeinsam einen „Maßnahmenplan zur politisch-operativen Sicherung der 2. Tagung der IX. Synode ...“ aus, der am 22.10.1980 der Einsatzgruppe übergeben wurde, der fünf MfS-Offiziere (Jonak, Groch, Schulz, Predel, Heinrich) angehörten (Akte MfS BV Halle, Abt. XX, Nr. 119).

Nach einem Rückblick auf die provokatorischen und politisch-negativen Äußerungen der Synode in früheren Jahren werden Falcke, Kramer, Hinz, Schultze, Höppner und Krusche als „konträr zum sozialistischen Staat ausgerichtete Kräfte“ benannt.

„Um dem Einfluß der negativen Kräfte entscheidend entgegenzuwirken, ergeben sich folgende Hauptaufgaben:

1.1 In der Phase der Vorbereitung und Durchführung der Synode sind durch den Einsatz aller inoffiziellen und offiziellen Kräfte und Mittel die Pläne und Absichten negativer klerikaler Kräfte aufzuklären und zu verhindern, zur Gewährleistung eines störungsfreien Ablaufes der Synode.

1.2 Durch abgestimmte Einflußnahme inoffizieller Kräfte und der verantwortlichen Räte der Bezirke Magdeburg und Halle sowie der Bezirksleitung der SED Magdeburg und Halle ist zu erreichen, daß die Synode frei bleibt von negativen Tendenzen und Provokationen, die sich in der Einmischung in die Politik von Partei und Regierung widerspiegeln ...“

Als inoffizielle Kräfte werden eingesetzt: OibE „Günther“ [Detlef Hammer], IME Thomas Schneidereit [nicht bekannt], IMB Brandt [Marion Staude] sowie 6 weitere Inoffizielle Mitarbeiter, deren Decknamen noch nicht entschlüsselt sind.

Der weitere Einsatz ist präzise vorbereitet: Abhörmaßnahmen, die Kontrolle einreisender ökumenischer Gäste, die Gewährleistung des Informationsflusses an die entsprechende Dienststelle. „Im abgestimmten Vorgehen zwischen Abt XX/4 BV Halle und Abt. XX/4 Magdeburg werden in Vorbereitung" eines Gespräches, das beim Rat des Bezirkes Halle mit Bischof Krusche und Propst Bäumer vor Beginn der Synode zu führen ist, „politisch operative Maßnahmen durchgeführt, die ein offensives Vorgehen des Staatsapparates gewährleisten sollen. Die erarbeiteten operativen Ergebnisse werden in der Einsatzgruppe in einem Lagefilm geführt, der dem ständigen Informationsfluß zum Leiter der Abteilung XX der BV Halle und Magdeburg, der AKG und der Hauptabteilung XX/4 dient. Hierbei ist täglich fernschriftlich an die Hauptabteilung XX/4 zu berichten.“

Es handelt sich also um eine stabsmäßige Vorbereitung. Die Einsatzgruppe gewährleistet, daß rund um die Uhr Informationen aufgenommen, verarbeitet und weitergeleitet werden können. Die Hauptabteilung XX/4 des MfS in Berlin legt offenbar Wert darauf, ihrerseits täglich unterrichtet zu werden; die Abstimmung mit den Bezirksleitungen der SED und mit den Staatsfunktionären der Räte der Bezirke Halle und Magdeburg wird zur konzertierten Aktion: Bischof Krusche und Propst Bäumer, z. T. auch weitere Mitglieder der Kirchenleitung, werden in Gesprächen vor der Synode mit den Erwartungen des Staatsapparates konfrontiert. Diese geheimdienstliche Vorbereitung des Informationsflusses und seiner operativen Auswertung ist um so auffällender als die Tagung der Provinzialsynode öffentlich stattfand; die Leiter der Sektoren Kirchenfragen der Räte der Bezirke Magdeburg und Halle waren ständige Gäste bei der Synode. Nur die Ausschusssitzungen waren für sie nicht zugänglich. Drucksachen der Synode, einschließlich des Berichtes der Kirchenleitung, wurden den Staatsvertretern regelmäßig ausgehändigt, weil die Kirchenleitung es für sinnlos hielt, Synodaldokumente als vertraulich zu erklären - das hätte nur zu einem noch größeren Einsatz illegaler Materialbeschaffung führen müssen. Ein so hoher Aufwand zur Observierung einer Synodaltagung ist Ausdruck dafür, in welchem Maße kirchliche Äußerungen als Sicherheitsrisiko galten. Es gab keine anderen öffentlichen Kongresse oder Versammlungen in der DDR die durch den Staats- und Parteiapparat so wenig gesteuert werden konnten wie eine kirchliche Synode. Im Herbst 1980 war es den in der DDR akkreditierten westlichen Journalisten nicht erlaubt worden, landeskirchliche Synodaltagungen zu besuchen. Die Mühen, die Fritz Pleitgen aufwandte, um trotzdem Informationen von der Pressestelle der Synode zu erhalten, sind ebenfalls dokumentiert.

Was die unbekannten Inoffiziellen Mitarbeiter von der Synodaltagung berichteten, liegt nicht vor. Dagegen enthält die Akte der BV Halle die Tagesmitschriften, die von Detlef Hammer und Marion Staude gefertigt wurden - ausführliche Mitschriften, die insbesondere die Aussagen einzelner Synodaler in den großen Plenaraussprachen namentlich festhielten. Beide haben auch aus den geschlossenen Sitzungen der Ausschüsse ausführlich berichtet - Detlef Hammer aus dem Berichtsausschuß, Marion Staude aus dem Ausschuß Jugend und Erziehung. Aus diesen Berichten ist erkennbar, daß die Synode mit der Kirchenleitung darin einig war, zur politischen Entwicklung insgesamt Stellung zu nehmen; die Sozialismus-kritischen Aussagen des Kirchenleitungsberichts sind sorgfältig analysiert worden. Gleichzeitig war aber die Bereitschaft gegeben, provozierende politische Äußerungen zu vermeiden; die Gefahr einer militärischen Eskalation in Polen sollte nicht geschürt werden. Gerade deshalb wurde aber vom MfS sorgfältig recherchiert, wie einzelne Synodale zu der polnischen Problematik und der daraus resultierenden Einschränkung von Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger argumentierten.

Eine Stellungnahme zu der Festlegung des Mindestumtauschsatzes für Besucher aus dem NSW wurde nicht abgegeben. Bischof Krusche hatte darüber orientiert, daß von Seiten des Bundes der Evangelischen Kirchen Gespräche mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen in dieser Sache stattfanden. So ist die Tagung der Provinzialsynode ausführlich analysiert worden. Registriert wird selbstverständlich, daß sich die Synode darüber beschwert, daß den westlichen Journalisten der Zugang zur Synodaltagung verwehrt wurde. Der Abschlußbericht über die Synodaltagung resümiert dann (MfS-Akte, S. 22):

Der Gesamtverlauf der Synode war dadurch gekennzeichnet, daß eine Versachlichung politischer Aussagen und Vermeidung offensichtlicher Provokationen durch die Kirchenleitungsmitglieder in den Plenumsdebatten und den Ausschüssen angestrebt und überwiegend auch durchgesetzt wurde. Hinter diesen Bestrebungen, so wurde aufgeklärt, ist nicht eine positivere oder loyalere Haltung gegenüber unserem Staat zu sehen, sondern die Taktik der Kirche, in der gegenwärtigen politisch angespannten Situation besonnener und diplomatischer zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. Beibehalten wird die Position der Kirche, neben ihrem Verkündigungsauftrag zu gesellschaftlichen Entwicklungsfragen und Entscheidungsfindungen Stellung zu nehmen. Dies spiegelt sich besonders in politisch negativen Aussagen im KL-Bericht und in den internen Diskussionen in den Ausschüssen wider... Offene politische Provokationen traten im Verlauf der Synodaltagung nicht auf.“

Die Synode - und mit ihr die Kirchenleitung der Kirchenprovinz - blieb also ein Sicherheitsrisiko, auch wenn sie politisch maßvoll argumentierte.

(2) Inhaftierung von Lothar Hochau/Halle

Der Dienst von Diakon Lothar Rochau in der Jugendarbeit der Kirchengemeinde Halle-Neustadt 1978-1982 fiel der staatlichen Kontrolle frühzeitig auf. Die Kirchenleitung hat OKR i. R. Rudolf Schulze/ Berlin gebeten, die Vor-

gange um Lothar Rochau in einer eigenen Forschungsstudie darzustellen; es ist damit zu rechnen, daß diese Studie 1996 veröffentlicht werden kann. Im vorliegenden Bericht kann daher auf eine Sachdarstellung verzichtet werden. Hinzuweisen ist aber auf die mehrschichtige Struktur der Überwachung: Der Dienst von Lothar Rochau erfolgte im kirchlichen Auftrag als Offene Jugendarbeit und hatte daher keinen konspirativen Charakter. Es wurde darüber berichtet; Bischof Krusche hatte die Arbeit visitiert. Auf der Synode wurde darüber und über die Offene Arbeit in der Kirchenprovinz überhaupt debattiert.

Meinungsverschiedenheiten, die über den Stil der Arbeit von Lothar Rochau in der Gemeindeleitung von Halle-Neustadt, im Arbeiterteam der Jugendarbeit des Kirchenkreises und im Kreiskirchenrat Halle entstanden, wurden in den zuständigen Gremien intensiv diskutiert. Von diesen internen Verhandlungen, die zeitweilig den Charakter einer Konfliktregulierung annahmen, erhielt die Staatsführung anscheinend illegal Kenntnis.

Die Staatsanwaltschaft hatte politische Aktivitäten eines Freundeskreises, zu dem Rochau gehörte, bereits 1981 in einem Prozeß durchgeprüft, zwei Mitglieder inhaftiert und verurteilt, aber damals von einer Verhaftung Lothar Rochaus abgesehen. Mit erhöhter Überwachung mußte also gerechnet werden.

Lothar Rochau hat durch die Einsichtnahme in die umfangreiche Akte (OV „Obstake!“) wahrnehmen müssen, daß aus seinem Freundeskreis, aus dem Gemeindebereich Halle-Neustadt und aus dem Konsistorium inoffiziell berichtet wurde. Über den Anteil der Berichterstattung durch Detlef Hammer ist bereits in der Studie „Spionage gegen eine Kirchenleitung“ (H. Schultze/W. Zachhuber) berichtet worden; dazu liegen inzwischen noch weitere Belegdokumente vor.

In der rückblickenden Wertung wird man sagen dürfen, daß die Beendigung des Dienstverhältnisses zu Lothar Rochau durch die Leitung des Kirchenkreises Halle mit Wirkung vom 1. 3. 1983 **nicht** als Ergebnis der staatlichen Einflußnahme gewertet werden darf. Es handelt sich vielmehr um den Abschluß eines Konflikts, bei dem ein Konsens über eine Weiterbeschäftigung nicht mehr gefunden werden konnte. Folgenreich war, daß die Kirchenleitung Magdeburg damals keine Überbrückungslösung gefunden hat, um eine kirchliche Anstellung (über die Mitgliedschaft in der Diakonenbruderschaft hinaus) abzusichern. Hätte die Gefahr, in die Lothar Rochau mit der Aufhebung des aktiven Arbeitsverhältnisses geriet, nicht schärfer ins Auge gefaßt werden müssen? Bemühungen um die Vermittlung eines neuen Arbeitsplatzes können vergeblich sein. Trotzdem wird man sagen müssen, daß es nötig gewesen wäre, einen noch längeren Atem zu haben ...

Offenbar hat die Staatsführung aus dieser Situation den Schluß gezogen, daß sie gegen Rochau letztlich ungehindert gerichtlich vorgehen konnte. Die intensiven kirchlichen Bemühungen, auf den Prozeß Einfluß zu nehmen und eine Freilassung zu gewährleisten, waren dann vergeblich. Als Fazit wird gelten müssen, daß durch die vielschichtigen Möglichkeiten konspirativer Berichterstattung für die Staatsführung frühzeitig erkennbar wurde, wie ausweglos der innerkirchliche Konflikt um die Weiterführung des Dienstes von Lothar Rochau war.

(3) Weitere Vorgänge

Im angegebenen Zeitraum sind eine Reihe weiterer kirchlicher Aktivitäten von der Staatsführung als gefährliche, feindlich-negative Aktionen eingeschätzt worden. In allen Fällen kann in der Rückschau im einzelnen belegt werden, was in der akuten Phase selbst bereits deutlich zu spüren war: Der Staatsapparat war in der Lage, bei ihm besonders gefährlich erscheinenden Vorgängen seine Kontroll- und Einflußmaßnahmen konzentriert einzusetzen. Für die Bewegung des Sozialen Friedensdienstes (SoFD) sind diese Aktionen flächendeckend in der ganzen DDR durchgeführt worden: Die Synoden haben sich mit der Polizeiaktion gegen die Aufnäher Schwerter zu Pflugscharen beschäftigt. Der Kompromiß, der vom Bund der Evangelischen Kirchen ausgehandelt wurde, daß das Symbol der Schwerter zu Pflugscharen zur Friedensdekade jährlich öffentlich gezeigt werden konnte, war ein Minimalzugeständnis der Staatsführung; vorausgegangen war die bis zur Brutalität gehende Demütigung von Jugendlichen, die auf diese Weise ihrem Friedenswillen Ausdruck gegeben hatten.

Entsprechende Repressalien wurden gegen die Offene Arbeit in mehreren Zentren der DDR (Braunsdorf bei Rudolstadt, Erfurt, Halle-Neustadt, Berlin) ausgeübt. Über die Erfahrungen der Offenen Arbeit Erfurt (Diakon Musigmann) mit der Überwachung durch das MfS ist eine Dokumentation inzwischen erstellt worden.

In ähnlich konzentrierter Aktion ist versucht worden, die Arbeit der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalts zu stören. Die oppositionelle staatskritische Haltung von Provinzialpfarrer Hans-Jochen Tschiche und dem Leiterkreis schlug sich in der Auswahl der Themen der Tagungen und des Profils von Vorträgen nieder. Selbstverständlich wurden inoffizielle Mitarbeiter auf Tagungen entsandt, um „operativ auswertbares Material“ zu sammeln. Das war für das MfS insofern nicht schwierig, als Hans-Jochen Tschiche durch absichtlich provozierende Aktionen, gelegentlich auch durch seinen Arbeitsstil, mit dem System der DDR mehrfach in Konflikt geriet.

Eine Dozentengruppe der Marxismus-Leninismus-Sektion der Technischen Universität Magdeburg wurde beauftragt, ein Gutachten über die Arbeit der Evangelischen Akademie auszuarbeiten. Dieses wurde offiziell durch den Leiter des Sektors Kirchenfragen des Bezirkes Halle dem Kuratoriumsvorsitzenden der Akademie überreicht. Ihm gegenüber und gegenüber den Vertretern der Kirchenleitungen wurde massiv versucht, die Arbeit der Akademie als staatsfeindlich zu denunzieren und die Entfernung von Tschiche durch ein Disziplinarverfahren zu erreichen. Der Rat der Kirchenleitung, das Plenum der Kirchenleitung und das Kuratorium der Akademie haben sich jahrelang mit den Konsequenzen, die solche oppositionelle Haltung für die Akademiearbeit bedeuten mußte, beschäftigt. Unabhängig von den Auseinandersetzungen um das politische Profil der Akademie gab es in der Kir-

chenleitung Kritik an Engführungen im Tagungsangebot der Evangelischen Akademie. Wichtige Aufgabenbereiche, denen sich die Akademie Sachsen-Anhalt in früheren Jahrzehnten intensiv zugewandt hatte, waren weggefallen. Das Spektrum der Angebote sollte wieder breiter werden.

Die Kirchenleitung hat Tschiche ausdrücklich den Rat zum Stellenwechsel gegeben, hat sich aber dem Mehrheitsvotum des Kuratoriums der Akademie gefügt, das dazu führte, daß Tschiche seinen Posten behalten konnte. Weder ein Disziplinar- noch ein Versetzungsverfahren wurden eingeleitet. Vielmehr hat die Kirchenleitung sich mehrfach bemüht, den Leiter der Akademie und deren Struktur in die europäische Zusammenarbeit der Evangelischen Akademien zu integrieren. Trotz unterschiedlicher Beurteilung der politischen Opportunität dieses Stils der Arbeit wurde also dem inoffiziellen und dem offiziellen Druck der staatlichen Seite nicht nachgegeben.

* * *

Diese wenigen Beispiele - die sich ohne weiteres vermehren ließen - zeigen, daß die Kirchenleitung den ständigen Druck der Arbeit des MfS deutlich zu spüren bekam und sich dessen bewußt war, daß im Ernstfall die Führung der SED, der Staatsapparat und das MfS ihre Kräfte konzentrierten, um politisch relevante Aktivitäten zu verhindern. Die Kirchenleitung war bemüht, ihre Verantwortung für Zeugnis und Dienst unverkürzt wahrzunehmen und politische Konsequenzen nicht zu scheuen, ohne sich dabei in die Rolle einer Oppositionspartei ziehen zu lassen. Schritt für Schritt war sie bemüht, ihre Entscheidungen auf den Synodaltagungen, im eigenen Kreis und auf den Mitarbeiterzusammenkünften aller Ebenen zu erläutern und gegebenenfalls auch korrigieren zu lassen.

6. Konzeptionelle Zwischenbilanzen von SED und MfS

Was dem MfS mit Hilfe seines Systems Inoffizieller Mitarbeiter und der Einflußnahme über den Staatsapparat gelungen ist zur Überwachung, Verunsicherung, in machen Fällen auch bis zur „Zersetzung“ einzelner Mitarbeiter und Gruppen, ist bedrückend. Das eingespielte System eines Geheimdienstes, der im eigenen Land Menschen, die er für gefährlich hielt, wie Feinde der Gesellschaft behandelte, hat Auswirkungen in etlichen Bereichen der Gemeindearbeit gehabt.

Im ganzen ist aber das System dieser Überwachung viel weniger erfolgreich gewesen, als die Verantwortlichen offenbar erwartet hatten. Die Leitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen wird immer wieder in umfangreichen Konzeptionspapieren durchleuchtet - am Ende mit dem stereotypen Ergebnis, daß noch mehr Aufwand getrieben werden müsse, um die feindlich-negativen Kräfte in der Kirchenleitung zurückzudrängen.

Aus dem Aktenbestand der Bezirke Magdeburg und Halle liegen Konzeptionspapiere vor, die eine kritische Analyse lohnen:

- Ca. 1973: „Konzeption für die Weiterführung der politisch-ideologischen Arbeit gegenüber der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.“
Landesarchiv Magdeburg/Rat des Bezirkes Magdeburg, Abt. Inneres, Nr. 27344/3, Blatt 98 bis 106.
(Ohne Datum und Auftraggeber, ohne Verfasser: Vermutlich erarbeitet für die Bezirksleitung der SED)
- 9. 10. 1981, „Politisch-operative Lage in der Evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen (KPS)“. (Abt. XX der BV Magdeburg des MfS; 26 Blatt, Akte der HA XX/4 des MfS, Nr. 792, S. 168-193)
- Ca. Ende 1988 [Vortragskonzept] „Konzeption zur langfristigen Planung und Organisation der politisch-operativen Abwehrarbeit in Schwerpunktbereichen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen.“
(Ohne Angabe des Auftraggebers und des Verfassers; vermutlich Vortragskonzept als Diskussionsgrundlage für eine Zusammenkunft von Leitungsoffizieren der Abteilungen XX von Bezirksverwaltungen, zu denen Gebiete der KPS gehörten. 19 Blätter, Akte des MfS BV Halle, Abt. XX Sachakte 642, S. 1-19)
[Anlagen 1-3]

Die Konzeption von 1973 beschäftigt sich mit der Haltung von Bischof Krusche und schaut zurück auf „die obstruktive Haltung der Kirchenleitung“ zu Fragen des Bildungswesens, des Wehr- und Wehersatzdienstes und zur Veranstaltungsverordnung. Bei dieser Rückschau wird der Wert einer großen Zusammenkunft, die unter Leitung von Staatssekretär Seigewasser am 9. 2. 1972 mit den Stellvertretern für Inneres der zuständigen Räte der Bezirke und der Kirchenleitung stattgefunden hat, sehr hoch eingeschätzt (Abdruck der Nachschrift des Staatssekretariats: Frederic Hartweg (Hg): SED und Kirche. Band 2.2: SED 1968-1989. Bearbeitet von Horst Dohle. Neukirchen-Vluyn. 1995, S. 181-197)

Trotzdem sei festzustellen, daß die Haltung der Kirchenleitung „nach wie vor zwiespältig ist. Es besteht ein Widerspruch zwischen den positiven Äußerungen hinsichtlich der Unterstützung außenpolitischer Positionen (europäische Sicherheit, Aufnahme der DDR in die UNO) und ihren Verhaltensweisen zu innenpolitischen Maßnahmen (Einhaltung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit auf den verschiedenen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens).“ Kritisch wird die Neubelebung von Kontakten zu evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik vermerkt.

Die Zusammensetzung der neuen Synode und der neuen Kirchenleitung gebe Anzeichen zu Hoffnung. Trotzdem wird festgestellt, daß die zahlreichen Laien, die in gesellschaftlichen Einrichtungen der DDR tätig sind, keinen

zureichenden Einfluß in Synode und Kirchenleitung haben. Besonders bedenklich erscheint, daß einige Kirchenleitungsmitglieder „sozialdemokratischen Einflüssen“ unterliegen und eine „kritische Distanz“ zu unserem Staat einnehmen.

Aus dieser Diagnose wird die Schlußfolgerung gezogen, daß verstärkt politisch-ideologisch sowohl mit dem Bischof wie mit anderen Vertretern der Kirchenprovinz gearbeitet werden müsse.

Wenn man diese Konzeption durchsieht, scheinen die Konflikte begrenzt und die Chance einer auf die Dauer doch positiven Bewußtseinsarbeit groß zu sein. Dramatische Töne werden nicht angeschlagen. Daß von der Arbeit von Inoffiziellen Mitarbeitern nicht die Rede ist, liegt vermutlich daran, daß es sich um eine Ausarbeitung eines nicht dem MfS zugehörigen Gremiums handelt.

Die Einschätzung, die das Konzeptionspapier der Abt. XX der BV Magdeburg des MfS von 1981 bietet, klingt dagegen dramatisch: „Die Evangelische Kirche der KP Sachsen hat sich unter dem Einfluß der derzeitigen Kirchenleitung zu der reaktionärsten Landeskirche der DDR entwickelt ... Die vorliegenden Erkenntnisse lassen den Schluß zu, daß der Klassengegner versucht, seine entsprechend der von ihm verfolgten Langzeitkonzeption vorgetragenen Angriffe gegen den realen Sozialismus in der DDR über eine spezifisch klerikale Variante der Inspiration und Organisation der politischen Untergrundtätigkeit umzusetzen. Dabei wird vom Klassengegner der Umstand zielgerichtet genutzt, daß die Kirche in der DDR die einzige legal vorhandene Basis zur Durchsetzung seines Langzeitprogramms ist.“

Nach einer ausführlichen Darlegung der verschiedenen Wirkungsbereiche der Kirche wird resümiert: „Die negativen Kräfte innerhalb der Kirchenprovinz Sachsen haben gegenwärtig die höchsten Leitungsfunktionen inne und bestimmen gegenwärtig die kirchenpolitische Linie in der Kirchenprovinz. Ausgerüstet mit einer langfristigen Strategie, eingebettet in das Langzeitprogramm reaktionärer imperialistischer Kreise, steht unserer gesellschaftlichen Entwicklung ein konzeptionell arbeitender Gegner mit einer gesellschaftlichen Einflußsphäre als Basis gegenüber. Damit stellt die Evangelische Kirchenleitung einen potentiellen Gegner des sozialistischen Staates dar, der aktiv an der Inspiration und Organisation der politischen Untergrundtätigkeit mitwirkt.“ (Interessant ist, daß das Exemplar der Akte der BV Halle am Rand ein Fragezeichen hat - ob der Abteilungsleiter des MfS doch Zweifel an dieser Dramatisierung hatte??)

Besonders kritisch wird vermerkt, daß Bischof Krusche hohes Ansehen in den Kirchen der DDR, insbesondere aber des Westens besitze; daß wahrscheinlich Propst Heino Falcke seine Nachfolge antreten werde und damit auch für die kommenden 13 Jahre mit einer negativ-feindlichen Prägung der Kirchenleitung zu rechnen sei; daß die vorsichtige Differenzierung der politischen Äußerungen der Kirchenleitung in Wirklichkeit den Anspruch enthalte, zu wichtigen staatlichen Prozessen (kommunistische Erziehung der Jugend, Erziehung zu sozialistischer Lebensweise) ein Mitspracherecht wahrzunehmen. Die daraus abgeleiteten Aufgabenstellungen bedeuten eine Intensivierung der MfS-Arbeit:

- „Isolierung und Bekämpfung der die Entwicklung unserer Gesellschaft schädigenden konzeptionellen feindlichen Tätigkeit und Ideologie der reaktionären Kräfte der Evangelischen Kirchenleitung.
- Differenzierung, Zersetzung der politisch-negativen Kräfte innerhalb der Magdeburger Kirchenleitung durch Neutralisierung dieser Kräfte, durch Lancierung loyaler Kräfte in kirchlich bedeutsame Positionen.
- Ständige allseitige Aufklärung der Mitglieder der Kirchenleitung zur Schaffung von Ansatzpunkten von Beeinflussungs- und Zersetzungsmöglichkeiten.
- Zielgerichtete Erweiterung der inoffiziellen Basis in politisch-operativen Schwerpunkten wie Synoden, Kirchenleitung, Konsistorium Magdeburg, ESG und EAK Magdeburg.
- Verhinderung von Konfrontation seitens der Evangelischen Kirchenleitung mit dem Staat, auf der Grundlage inoffizieller Offensivmaßnahmen und eines engen Zusammenwirkens mit dem Staats- und Parteiapparat ...“

Dieser Maßnahmenplan enthält zugleich ein Wunschbild: Durch die Verstärkung der „inoffiziellen Basis“ soll versucht werden, auf Personalentscheidungen Einfluß zu nehmen - obwohl doch festgestellt wurde, daß die feindlich-negativen Kräfte in der Kirchenleitung die Linie bestimmen. Das Hauptziel hat sich in Wirklichkeit minimiert: Es soll verhindert werden, daß durch offensive Aktionen der Kirchenleitung der DDR geschadet wird.

Ein in sich höchst aufschlußreiches Dokument der Verunsicherung der DDR durch die politischen Entwicklungen des Jahres 1988 stellt das Vortragsmanuskript vom Ende des Jahres 1988 dar. Selbstverständlich beschäftigt sich auch dieser Vortrag mit der Persönlichkeit des Bischofs. Bischof Demke wird an sich den „realistischen Kräften“ in Bund und Landeskirchen zugerechnet. Eine genauere Durchleuchtung seiner Äußerungen hat aber dem MfS gezeigt, daß er für sie politisch nicht berechenbar ist: Die Entwicklung des „neuen Denkens“ in der Gorbatschow-Ära hat Rückwirkungen auch auf die kirchliche Position in der DDR gehabt. Beschwerden, Forderungskataloge, Kritik an der Staatsführung der DDR werden vom Bischof ebenso wie von den „feindlich-negativen Kräften“ in Kirchenleitung und Synode vertreten. Notiert wird (für wen?!) ausdrücklich, daß „leitende kirchliche Amtsträger in der Überzeugung leben, daß, hervorgerufen durch unterschiedliche staatliche Entscheidungen zu Fragen der Kirchenpolitik, eine klare konzeptionelle Linie der Kirchenpolitik seitens des Staates augenblicklich nicht vorhanden sei“. Sie betrachten „die innenpolitische Situation in der DDR als eine ‚Wartesaalsituation‘, in der es viele ungelöste Probleme gäbe, auf die die DDR-Regierung nur hinhaltend reagiere.“ Es wird von einer „Eiszeit“ gesprochen und von der Absicht der Kirchenleitung, „auf allen Ebenen ‚Druck‘ auf die Staatsorgane auszu-

üben, um anstehende Entscheidungen herbeizuführen. Dafür erarbeiten sie sich ihre innerkirchliche .Legitimation- mit den bekannten politisch-negativen Synodenbeschlüssen, den Beschlüssen der 2. Oekumenischen Versammlung u. a."

Aktivitäten der Gruppen, einzelner Pfarrer, der Evangelischen Akademie unter Hans-Jochen Tschiche und der „Kirche von unten" (Arbeitskreis solidarische Kirche) werden als besonders problembeladene Aktivitäten charakterisiert. Und dann folgt wieder das Standardrezept des MfS: Aufklärung, Informationsbeschaffung, Zusammenarbeit mit allen staatlichen Kräften. „Dies ist nur dann effektiv und wirksam zugleich, wenn die inoffizielle Durchdringung dieses Personenkreises als ein ständiger Prozeß verstanden wird. Hierbei muß die Schaffung von IM im Vertrauensfeld der feindlich-negativen Kräfte, aber noch stärker von IM mit Einflußmöglichkeiten und offenen Auftretensweisen gegen politisch-negative Positionen in den Mittelpunkt der operativen Arbeit gestellt werden. In dieser Beziehung schätzen wir aus unserer Sicht ein, daß weitere Fortschritte erreicht wurden, die jedoch noch stärker in solche Positionen, wo es uns gelingt echt Einfluß auszuüben, ausgebaut werden müssen."

Die Struktur dieser Lagebewertung klingt wie ein Vortrag auf einem der pädagogischen Kongresse der DDR: Der eigenen Arbeit wird bescheinigt, welch große Erfolge sie gebracht habe - zugleich wird aber gefordert, daß alles noch intensiver, wirkungsvoller, differenzierter erfolgen müsse. Im Klartext bedeutet dies: Obwohl inzwischen erkannt wurde, daß auf die Besonnenheit leitender kirchlicher Personen gerechnet werden könne, bleibt das für das MfS rätselvolle Ergebnis, daß sich insgesamt die Situation verschärft hat und die oppositionellen Aktivitäten zugenommen haben. „Aufklärung" und Bemühungen „um Einflußnahme" haben nicht die gewünschten Wirkungen gebracht. Die Maßnahmen zur „Differenzierung" und zur „Zersetzung" haben Synode und Kirchenleitung nicht spalten können. Die Sprache ist noch militärischer geworden: „Im Prozeß der Zurückdrängung feindlich-negativer Kräfte bleibt ein bisher ungelöstes operatives Problem, die Schaffung eines geeigneten organisierten, vom MfS konspirativ geführten innerkirchlichen Gegenpotentials zu den politisch-feindlichen Konzeptionen, Plattformen, Einzelangriffen und deren Initiatoren in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen."

Ziel dieses Vertrages ist es offensichtlich, die Koordinierung der verschiedenen Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen des MfS, der Arbeitsgruppen für Kirchenfragen in den Bezirksleitungen der SED und des Staatsapparates zu erreichen. Solche strategischen Anforderungen sind jedoch ein Signal des Misserfolgs.

7. Überlegungen zur Bewertung

Der Bericht des Überprüfungsausschusses hat die Kriterien erläutert, auf Grund deren Belastungen durch die Zusammenarbeit mit dem MfS festgestellt wurden. Er berichtet über Gesprächsprozesse mit betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und geht den Motivationen nach, die bei solchen Gesprächen erkennbar wurden. Wenn es aber darum gehen soll, in welchem Maße ein Vorwurf darüber erhoben werden muß, daß Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gespräche mit dem MfS geführt haben, ist es notwendig, sich den Kontext und Beurteilungsmaßstäbe zu vergegenwärtigen, die in der Zeit vor 1989 in der Kirchenprovinz Sachsen gegolten haben. Es soll versucht werden, eine solche Übersicht zu gewinnen:

(1) Offizielle Kontakte mit dem MfS

Weder der Bischof noch der Rat der Kirchenleitung haben einen bestimmten Mitarbeiter beauftragt, im Namen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen mit dem Ministerium für Staatssicherheit Kontakt zu halten. Der Bischof und die Kirchenleitung haben sich dafür entschieden, die Kontakte zur Staatsführung der DDR grundsätzlich auf die Gespräche mit dem Staatsapparat (Räte der Kreise, Räte der Bezirke, Staatssekretär für Kirchenfragen, Ministerien) zu beschränken. Kontakte zu den Bezirksleitungen der SED fanden nur in Ausnahmefällen statt. Diese Grundentscheidung bedeutete keine Kritik an den Bemühungen des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen, auch zur Arbeitsgruppe Kirchenfragen des Zentralkomitees, auf höchster Ebene auch zu einzelnen Mitgliedern des Politbüros, Kontakte aufzunehmen. Die Grundentscheidung, die Verhandlungen mit dem Staat mit den zuständigen Abteilungen des Staatsapparates zu führen, geschah in dem vollen Wissen darum, daß außerdem die SED und das Ministerium für Staatssicherheit eigene Abteilungen für Kirchenfragen unterhielten.

(2) Dienstpflichtverletzungen durch konspirative Zusammenarbeit

Konspirative Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des MfS stellt eine Dienstpflichtverletzung dar:

- Was dem Pfarrer in Ausübung der Seelsorge anvertraut wird, unterliegt strengster Verschwiegenheit. Gemeindeglieder müssen sich darauf verlassen können, daß Pfarrerinnen und Pfarrer, getreu dem Ordinationsgelübde, das Beichtgeheimnis wahren.

- Verhandlungen in Leitungsgremien, deren Sitzungen nicht öffentlich sind, unterliegen grundsätzlich der dienstlichen Verschwiegenheit. Über die Mitteilung von Arbeitsergebnissen an Dritte sind in diesem Gremium Verabredungen zu treffen. Mitteilungen über Auseinandersetzungen, Positionen einzelner Mitarbeiter und die Weitergabe von Arbeitsmaterialien sind unzulässig.

(3) Kontakte politischer Stellen zu einzelnen Pfarrern und Mitarbeitern

Im Unterschied zu der Praxis der katholischen Kirche entspricht es in der evangelischen Kirche der Eigenverantwortlichkeit des Pfarrers und der Pfarrerin, daß sie in der Öffentlichkeit zu politischen Fragen Stellung nehmen dürfen.

Es wurde empfohlen, politische Gespräche auf die jeweils zuständige Ebene zu beschränken (Pfarrer - Bürgermeister; Superintendent - Vorsitzender des Rates des Kreises; Konsistorium - Räte der Bezirke; Bischof - Räte der Bezirke und Staatssekretär für Kirchenfragen).

Die Mitarbeiter der Abteilungen für Inneres auf allen Verwaltungsebenen waren ihrerseits verpflichtet, regelmäßig Kontakte zu Mitarbeitern der Kirche zu unterhalten. Da die Gemeindearbeit in vielfältiger Hinsicht (Baufragen, Veranstaltungsfragen, Jugendarbeit) von Bewilligungen abhängig war, bot sich ihnen eine Fülle von dienstlichen Anlässen zu solchen Gesprächen. Oft haben die offiziellen Mitarbeiter des Staatsapparates diese bewußt genutzt, um persönliche Anliegen der kirchlichen Mitarbeiter (Ausbildungsfragen für ihre Kinder, Einreisebewilligungen für Verwandte und Freunde aus dem Westen) zu besprechen, möglicherweise Vergünstigungen in Aussicht zu stellen.

Die Art und Weise, wie dienstliche Angelegenheiten (Konflikte von Gemeindegliedern im Bildungsbereich u. ä.) vermischt wurden mit persönlichen Anliegen der kirchlichen Mitarbeiter, war Absicht. Es ging deutlich darum, Abhängigkeiten zu schaffen, um Wohlverhalten belohnen, oppositionelles Verhalten sanktionieren zu können. In diese Struktur schlichen sich gezielt Mitarbeiter des MfS ein, um Pfarrern einen lockeren, effektiven, verständnisvollen Kontakt zum Staatsapparat mit kürzeren Dienstwegen vorzuspiegeln. Kirchlicherseits wurde Wert darauf gelegt, daß Pfarrer über ihre Kontakte zu den unterschiedlichen staatlichen Mitarbeitern ihrem Vorgesetzten und vor allem in den Konventen offen berichteten, damit man nicht gegeneinander ausgespielt werden konnte. Dabei mußte ausgehalten werden, daß es in der Beurteilung des Staatssystems der DDR und vor allem in der Wertung taktischer Schritte unterschiedliche politische Überzeugungen gab. Geschwisterliche Offenheit wurde gewünscht, aber nicht regelmäßig erreicht.

(4) Einzelkontakte mit dem MfS

In Einzelfällen haben kirchliche Mitarbeiter bewußt Kontakte zum MfS aufgenommen, wenn es darum ging, sich für gefährdete Gemeindeglieder einzusetzen. Auf der Basis des politischen Strafrechts der DDR konnten Einzelvorgänge leicht zu unabsehbaren Haftstrafen führen (Flugblätter, Vervielfältigungen, Losungen an öffentlichen Plätzen, demonstrative Akte bei nicht genehmigten Versammlungen etc.)

Ebenso haben sich kirchliche Mitarbeiter häufig für Menschen eingesetzt, die in dringenden Fällen vergeblich eine Reise in den Westen beantragt hatten oder die ihrerseits die Übersiedlung in die Bundesrepublik betrieben. In solchen Fällen haben Propste, Mitarbeiter des Konsistoriums und der Bischof Einzelgespräche auch mit MfS-Mitarbeitern geführt (neben den kontinuierlichen Kontakten mit den Funktionären des Staatsapparates).

In diesen Fällen politischer und humanitärer Fürsorge bestand die regelmäßige Praxis, andere Mitarbeiter im eigenen Arbeitsbereich zu informieren und das MfS darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um einen konspirativen Kontakt handle.

(5) Abwehr von MfS-Kontakten

Auf Konventen, in informellen Gruppen und bei Dienstbesprechungen wurde wiederholt das Verfahren für die Abwehr von MfS-Verstrickungen diskutiert.

Gemeindegliedern und kirchlichen Mitarbeitern wurde empfohlen, beim Entstehen solcher Kontakte (gerade auch bei Ältesten und Synodalen!) dem MfS-Funktionär zu sagen, daß der Angesprochene dem Superintendenten (oder dem Bischof) darüber berichten werde. Seit den 50er Jahren bestand die klare Erfahrung, daß Hinweise auf die Durchbrechung der Konspiration in der Regel dazu führten, daß das MfS an diesen Kontakten das Interesse verlor. (Die „Vorlaufregistrierungen“ des MfS bieten inzwischen dafür die Belege!)

Außerdem gehörte zu den Abwehr-Strategien, alle Anzeichen der Bestechlichkeit durch Privilegien, Geld oder Geschenke zu vermeiden.

Im Hinblick auf Anlässe der Erpreßbarkeit wurde dazu ermutigt, ebenfalls den Vorgesetzten zu informieren und lieber die disziplinarrechtliche Regulierung der eigenen Kirche durchzustehen, als sich einer wachsenden Abhängigkeit beim MfS auszusetzen.

Daß solche Verhaltensmaßregeln wiederholt eingeschärft wurden, zeigt die Praxis des Katechetischen Oberseminars: Bei jeder Immatrikulation wurden die Studierenden über diese Verhaltensregeln informiert, worüber ein Vermerk angefertigt wurde.

(6) Gesprächserfahrungen auf der Leitungsebene

Die wesentlichen Gespräche für die Ermöglichung kirchlicher Großveranstaltungen, für die Bewilligungspraxis bei ökumenischen Dienstreisen und Reisen in die Bundesrepublik, für die Durchsetzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Bildungssystem und für die Bewilligung von Baukapazitäten wurden mit den offiziellen Vertretern des Staatsapparates geführt. In diesem Zusammenhang ging es immer wieder um humanitäre Einzelfälle und Anlässe zur Konfliktregelung bei Einzelveranstaltungen oder im Hinblick auf einzelne kirchliche Mitarbeiter. Umgekehrt beschwerten sich häufig die Staatsfunktionäre über einzelne kirchliche Veranstaltungen oder bestimmte Mitarbeiter und forderten disziplinarrechtliche kirchliche Konsequenzen. Bei zahlreichen dieser Themen ging es um sicherheitsrelevante Fragen; d. h. es war auch den kirchlichen Verhandlungsführern bewußt, daß die

Vertreter des Staatsapparates nicht unabhängig von der Votierung des MfS entscheiden würden. Regulierungen und Bewilligungen von nötigen Genehmigungen waren oft nur bei Wahrung von Vertraulichkeit möglich. Vertraulichkeit schloß gegebenenfalls auch Hintergrundinformationen zur persönlichen Situation der Betroffenen ein.

Unsere Kirche hat es als ihren Auftrag verstanden, auf der Basis des Verhältnisses zum Staat, wie es in Barmen V formuliert ist, für die Vermenschlichung der Lebensbedingungen in der DDR einzutreten. Sie verstand sich weder als Untergrundkirche noch als Oppositionspartei und wußte, daß ihre Gemeindeglieder zum größten Teil in einer vorsichtigen, ethisch kontrollierten Anpassung an die Lebensbedingungen der DDR lebten und arbeiteten. Daraus ergab sich, daß auch kirchlicherseits versucht wurde, Konflikte da zu mindern, wo sie sonst zu Dauerbelastungen für alle Betroffenen hätten werden müssen. Festigkeit im Grundsatz und Kritikbereitschaft gegenüber staatlichen Maßnahmen schlossen nicht aus, beim Partner um Verständnis für die eigene Arbeit zu werben.

Gerade wegen dieser Verflechtung kirchlichen Handelns im Gesamtsystem der DDR müssen die Kontakte, die einzelne Mitarbeiter zum MfS hatten, streng individuell geprüft werden.

8. Enttäuschungen und Ernüchterung

8.1 Erfahrungen

Seit die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit zugänglich geworden sind, gibt es in unseren Kirchen eine lebhafte Auseinandersetzung um die Notwendigkeit der Überprüfung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf mögliche Stasi-Kontakte und über die Erkenntnisse, die inzwischen vorliegen. Auf der Basis dieser schmerzlichen, seit fünf Jahren geführten Diskussion, sind zunächst folgende Erfahrungen festzuhalten:

(1) Die Tatsache, daß es etliche, zum Teil sogar namhafte kirchliche Mitarbeiter gegeben hat, die dem MfS Informationen beschafft haben, hat Enttäuschungen ausgelöst. Diese Enttäuschungen sind anscheinend dort größer, wo Menschen der Kirche ferner gestanden haben. Kirchliche Mitarbeiter rechneten in der Zeit der DDR immer damit, daß es in jeder mittelgroßen Gruppe aller Wahrscheinlichkeit nach mindestens einen gab, der an das MfS berichtete.

(2) Die Tatsache, daß einzelne kirchliche Mitarbeiter an das MfS über Personen berichtet haben, hat unserer Kirche geschadet. Sie hat Enttäuschungen hervorgerufen, weil es selbstverständlich sein sollte, daß Gemeindeglieder volles Vertrauen zur Seelsorge haben dürfen. Zur Seelsorge gehört die unverbrüchliche Schweigepflicht gegenüber Dritten.

(3) Die Feststellung, daß einzelne Mitarbeiter der Kirche bereit waren, nicht nur mit Staatsorganen, sondern auch mit dem MfS zusammenzuarbeiten, hat man der Kirche scharf vorgehalten. Auf Grund der Verfolgungen 1952/53 und der unauswechselbaren Stellvertreterrolle in den Initiativen des Herbstes 1989 war die Kirche in die - vorteilhafte, aber faktisch zwiespältige - Rolle der Oppositionsführerin in der DDR hineingeraten. War dieser Eindruck nur eine Halbwahrheit? War die Kirche doch zur „Kumpanin der SED“ geworden? Manche Reaktionen erwecken den Eindruck, als sei man froh, die Kirche nicht länger als Heldin feiern zu müssen.

(4) Die Kirche hat weder mit dem Geheimdienst der DDR kooperiert noch das übersteigerte Sicherheitsbedürfnis der DDR fördern helfen. Ihre Haltung wird aber in der Rückschau nur dann verständlich bleiben, wenn wahrgenommen wird, daß die Kirche es als ihren Auftrag verstanden hat, für die Gemeinde Jesu Christi und die ganze Gesellschaft in der DDR Zeugnis zu geben vom Reich Gottes. Die Kirche hat daher die Machthaber im Sinn von Barmen V respektiert und mit ihnen geredet - diplomatisch, taktisch, höflich und zugleich in der Hoffnung, es mit Menschen zu tun zu haben, die bereit waren, Verantwortung für die ihnen anvertrauten Menschen zu tragen.

(5) Die Kirche ist der Einschleusung von Menschen, die inoffiziell oder hauptamtlich für die Staatssicherheit gearbeitet haben, an etlichen Stellen aufgesessen. Auch kirchenleitende Personen haben keine übermenschliche Menschenkenntnis.

8.2 Einsichten

In einem Staatssystem mit einer vermeintlich totalen Wirtschaftsplanung und einer zentralistischen Reglementierung des gesellschaftlichen Lebens war die gesamte kirchliche Arbeit abhängig von Zulassungen, Bewilligungen und Duldung, die von der jeweiligen politischen Konstellation abhängig waren. Die vorhandene Rechtsbasis war nicht verlässlich, weil die Staatsführung jederzeit die Möglichkeit zu Manipulationen und Außerkraftsetzungen hatte.

Trotz einer wachsenden Entwicklung zum Rechtsstaat hin blieb grundsätzlich auch die Justiz von politischen Vorgaben abhängig. Die DDR-Führung handelte weithin ideologiebestimmt, faktisch aber vor allem auf der Basis des Machtkalküls.

Die Kirchenleitungen waren von daher ständig von Verhandlungen mit dieser atheistischen Staatsführung unter den Bedingungen der Mauer und der vermuteten Stabilität der Sowjetunion abhängig. Diese Konstellation war geschichtlich einzigartig.

Den Kirchen war bewußt, daß der Staat immer neu versuchte, mit „Zuckerbrot und Peitsche“ Spaltungen in die Kirche hineinzutreiben. Die Zielsetzung von „Differenzierung“ und „Zersetzung“, die in den Maßnahmeplänen des MfS auftaucht, war die Zielsetzung des Staatsapparates gegenüber der Kirche überhaupt.

Diese Zielsetzung war nicht aussichtslos, weil die evangelische Kirche nicht zentralistisch geleitet wird und zu ihr im 20. Jahrhundert eine wachsende Pluralität gehört. Die Unterschiedlichkeit politischer Überzeugungen galt auch unter den Bedingungen der DDR, verbunden mit unterschiedlichen Verhaltensmustern für taktische Entscheidungen. Angesichts dieser Pluralität konnte es vom MfS ausgenutzt werden, daß jede Pfarrerin und jeder Pfarrer in ihrem Dienst eine Selbständigkeit haben, die ihnen häufig auch das Bewußtsein gibt, unabhängig von Kirchenkreis und Kirchenleitung öffentlich und politisch völlig selbständig entscheiden zu können. Auf dieser Basis ist es anscheinend möglich geworden, auch einzelne Pfarrer dazu zu verleiten, einen Mitarbeiter des MfS als Gesprächspartner zu akzeptieren.

Angesichts dieser faktisch pluralen Struktur innerhalb der Kirche und der Spaltungsversuche durch den Staatsapparat bestand die eigentliche Abwehrstrategie der Kirche darin, immer neu nach einem Handlungskonsens zu suchen und gegenüber dem Staatsapparat solidarisch aufzutreten.

8.3 Hintergrund: Die Situation von Gemeindegliedern

Das Handeln der Kirchenleitungen mußte stets im Auge behalten, in welcher Situation die Gemeindeglieder lebten: In einem Gesellschaftssystem, in dem der Staat selbst fast alleiniger Arbeitgeber war, mußte bei jeder non-konformen Handlung mit Sanktionen im Arbeitsbereich gerechnet werden. Diese Situation wurde vom Staatsapparat systematisch ausgenutzt, um insbesondere auf Mitglieder der Synode und der Kirchenleitung Einfluß zu nehmen. Diese wurden durch Besuche von Staatsfunktionären vor Synodaltagungen unter Druck gesetzt; sie wußten, daß ihr Auftreten auf der Synode geheimdienstlich kontrolliert wurde. Bischöfe konnten keine Opposition gegen die Regierung vortragen, die von den Gemeindegliedern nicht mitgetragen worden wäre.

Gegen diese Pressionen haben die Verhandlungsführer gegenüber dem Staat wiederholt energisch protestiert - faktisch ohne Erfolg.

Es ist beachtlich, mit welcher Zivilcourage sich Älteste und Synodale trotzdem den staatlichen Zumutungen entzogen und sich immer neu solcher Arbeit in Synode und Kirchenleitung zur Verfügung gestellt haben.

8.4 Die Aufgabe des Disziplinarrechts

Die Einsicht in die gegebenen Strukturen der Einflußversuche des Staates und in die Schwierigkeiten angemessenen kirchlichen Handelns auf den verschiedenen Ebenen darf nicht verschleiern, daß dessenungeachtet jede einzelne Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter für ihr dienstliches Handeln voll verantwortlich sind. Verletzungen von Dienstpflichten dürfen von der Kirche nicht folgenlos hingenommen werden. Das zur Zeit der DDR geltende Pfarrerdienstrecht hatte in § 22 (2) formuliert: Der Pfarrer „hat in seinem dienstlichen wie in seinem außerdienstlichen Verhalten zu berücksichtigen, daß ihn sein Auftrag an die ganze Gemeinde weist und daß er in besonderer Weise als Zeuge Jesu Christi und als Vertreter der Kirche angesehen wird.“ Es bedeutet einen hohen Anspruch, wenn in diesem Zusammenhang von der „Glaubwürdigkeit“ des Pfarrerdienstes (§ 38 PfdG) gesprochen wird. Daraus leitet sich aber ab, daß - so, wie die Veruntreuung von Geldern disziplinarisch geahndet wird - es ebenfalls disziplinarische Konsequenzen hat, wenn ein Amtsträger durch seine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit Dienstpflichten verletzt hat.

Jeder Christ ist fehlbar. Auch jede kirchliche Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter. Wo jemand schuldig geworden ist, muß dann konkret darüber gesprochen werden.

Indem diese Regeln gegenüber den Fragen der Belastung unserer Kirche durch Zusammenarbeit mit dem MfB neu ins Gedächtnis gerufen werden, wird aber nicht einem rigorosen Moralismus recht gegeben: daß in unseren Gottesdiensten wirklich gemeinsam auf Gottes Wort gehört, gebetet und das Heilige Mahl gefeiert wird, wird nicht dadurch gewährleistet, daß alle Mitarbeiter ohne Sünde wären. Gott erreicht uns durch Seinen Heiligen Geist - trotz aller menschlichen Konfusion.

8.5 Ecclesia peccatrix

Die Kirche, wie sie in dieser Welt existiert, ist nicht selbst der heilige Rest der Auserwählten Gottes. Als die Gemeinschaft derer, die sich unter Gottes Wort zusammenfinden, sein Reich bezeugen und sich seinem Dienst widmen, ist sie doch trotzdem selbst Sünderin. Das Augsburger Bekenntnis von 1530 beschreibt sie in Artikel 8 als eine „durchmischte Körperschaft“ (corpus permixtum). Die irdische Kirche ist nicht die makellose Braut Christi, obwohl in ihr und durch sie die Gegenwart Christi in unserer Welt bezeugt werden darf.

Die Tatsache, daß das MfS in unserer Kirche Menschen gefunden hat, die mit ihm zusammengearbeitet haben, ohne dies ihren Vorgesetzten zu berichten, hat dem Ansehen unserer Kirche geschadet. Kirchenleitungen und insbesondere diejenigen Verantwortungsträger, die mit dem Staatsapparat auf den unterschiedlichen Ebenen zu

verhandeln hatten, wissen, wie schmal der Grat war, auf dem erfolgsorientierte Verhandlungen zu führen waren, Kritik geltend zu machen war und in dem allen die Eigenständigkeit des kirchlichen Dienstes bezeugt werden sollte. Pauschale Verurteilungen verbieten sich. Von Fall zu Fall ist zu ermitteln, wie in der Rückschau gewertet werden muß.

Die Kirche hatte für viele Menschen in der DDR in der Tat so etwas wie die Funktion einer Schutzmantelmadonna: Unter ihrem Mantel gab es eine relative Geborgenheit. Für ein evangelisches Verständnis von dieser Rolle der Kirche bedeutet es aber keine Verwunderung, wenn dieser Schutzmantel Schmutzflecke hat, die von eigenen Verfehlungen auch jetzt noch Zeugnis ablegen. Er trägt aber auch die Brandflecken von Gefahrensituationen, in denen dieser Schutzmantel tatsächlich Menschen geholfen hat.

Anlage 1

Ausarbeitung des Rates des Bezirkes oder der Bezirksleitung der SED Magdeburg, ca. 1973

Landesarchiv Magdeburg/ Rat des Bezirkes Magdeburg, Abt. Inneres, Nr. 27344/3, Blatt 98-106

Konzeption

für die Weiterführung der politisch-ideologischen Arbeit gegenüber der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

I. Die politisch-ideologische Arbeit gegenüber den Geistlichen und kirchlichen Amtsträgern erfolgt auf der Grundlage der auf dem VIII. Parteitag der SED beschlossenen Aufgabenstellung und der auf diesem Programm basierenden Beschlüsse des Zentralkomitees der Partei der Arbeiterklasse. Ausgehend von den dort getroffenen Feststellungen, daß sich in der gegenwärtigen Periode die Auseinandersetzungen zwischen sozialistischer und bürgerlicher Ideologie verschärfen, ist eine qualitativ höhere, politisch-ideologisch differenzierte Arbeit gegenüber Geistlichen und kirchlichen Amtsträgern zu leisten. Das ist umso notwendiger, weil der Imperialismus auf dem Gebiet der Ideologie alles gegen den Sozialismus mobilisiert, was an nichtsozialistischem Gedankengut existiert, von .konservativen und profaschistischen Ideologien über Chauvinismus und Rassentheorien, von liberalen und bürgerlich-parlamentarischen Vorstellungen' bis zu religiösen Auffassungen. Unter Beachtung der Erkenntnis Lenins, daß das Bewußtsein der Menschen nicht etwas Statisches ist, sondern gekennzeichnet wird durch die verschiedenen Stadien der Reife, der auch das Handeln entspricht, muß die politisch-ideologische Einflußnahme auf die Bewußtseinsbildung zielgerichtet durch die Klärung der politischen Grundfragen erfolgen.

II. Die gegenwärtige Situation in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

1. Die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen gehört neben der Ev.-Lutherischen Kirche Sachsen und der Berlin-Brandenburgischen Kirche zu den größten Landeskirchen in der DDR. Sie ist eine Uniierte Kirche und übt großen Einfluß auf die Entwicklung in der EKK und im Bund Evangelischer Kirchen in der DDR aus. Das wurde besonders sichtbar, nachdem Bischof Dr. Krusche die Leitung übernommen hatte. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Bischof Jänicke, ist Bischof Krusche nicht mit hemmenden, alten kirchlichen Vorstellungen behaftet. Er ist anpassungsfähig, stellt sich auf die gesellschaftliche Umwelt in der Weise ein, indem er versucht, die alten, überlebten Organisations- und Leitungsstrukturen der Kirche zielstrebig abzubauen. Unter seiner Leitung leistet die Kirchenprovinz Sachsen auf diesem Gebiet, 'Schrittmacherdienste' für die anderen evangelischen Landeskirchen. Die Bemühungen von Bischof Krusche gehen dahin, solche Formen für die kirchliche Arbeit zu finden, die zu einer Aktivierung und wirkungsvolleren innerkirchlichen Tätigkeit führen. Das zeigt sich z. B. darin, daß die bisherigen 76 Kirchenkreise der Kirchenprovinz Sachsen auf 44 reduziert werden und die angestrebte Leitungsstruktur- Vorsitzender des Kirchenkreises und klare Verantwortlichkeit der Mitarbeiter- eine effektivere Arbeit ermöglichen sollen.

Bischof Krusche praktiziert selbst eine straffe Leitungstätigkeit. Er wird sowohl durch seine guten theologischen Kenntnisse als auch durch die Art und Weise seines Umgangs mit den gewählten Mitgliedern der Kirchenleitung und den Mitarbeitern des Konsistoriums Magdeburg voll anerkannt. Das trifft auch für den größten Teil der Geistlichen der Kirchenprovinz Sachsen zu, wenn auch seine politischen Auffassungen von diesen nicht immer geteilt werden.

Die Kirchenprovinz Sachsen ist aufgrund ihrer Größe mit einer zahlenmäßig starken Gruppe im Bund Evangelischer Kirchen in der DDR und in der EKK vertreten.

Die Synodalen arbeiten aktiv in den Kommissionen und Ausschüssen mit. Sie haben einen beachtlichen Einfluß auf die kirchenpolitische Entwicklung des Bundes.

1.1 In der Vergangenheit gab es Anlässe zu ernsthaften Auseinandersetzungen mit der Kirchenleitung. So hatte z. B. die Magdeburger Kirchenleitung in ihrem Bericht an die Provinzialsynode im November 1971 in Halle zu Fragen des Bildungswesens, des Wehr- und Wehrersatzdienstes sowie zur Veranstaltungsverordnung nicht nur Stellung genommen, sondern ein die Tatsachen entstellendes Material verfaßt und an die Kirchengemeinden weitergeleitet mit der Absicht, konfessionell gebundene Bürger unseres Staates in Widerspruch zur Politik unserer Partei- und Staatsführung zu bringen. Das geschah unmittelbar vor den Volkswahlen am 14.11.1971.

Die obstruktive Haltung der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen war Veranlassung zu einer grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung, die am 9.2.1972 unter Leitung des Staatssekretärs für Kirchenfragen im Beisein der Stellvertreter der Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke Magdeburg, Halle, Leipzig und Erfurt geführt wurde. Die staatlichen Darlegungen wurden von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen im wesentlichen akzeptiert.

1.2 Trotz des Gesprächs vom 9. 2.1972 mit der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen ist festzustellen, daß ihre Haltung nach wie vor zwiespältig ist. Es besteht ein Widerspruch zwischen den positiven Äußerungen hinsichtlich der Unterstützung außenpolitischer Positionen (Europäische Sicherheit, Aufnahme der DDR in die UNO) und ihren Verhaltensweisen zu innenpolitischen Maßnahmen (Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf den verschiedensten Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens).

Wesentliche Unklarheiten bestehen über das Wesen der friedlichen Koexistenz und ihre Bedeutung als Form des Klassenkampfes sowie über die Notwendigkeit der politischen und ideologischen Abgrenzung. Das zeigte sich deutlich in Vorbereitung und Durchführung der EKU-Synode im April 1972 in Magdeburg. Die EKU-Synodalen der Kirchenprovinz Sachsen unterstützten die negativen Kräfte innerhalb der EKU bei ihrer Forderung, an der Einheit der EKU-Kirchen festzuhalten. Diese Position wurde auch im Rechenschaftsbericht der Kirchenprovinz Sachsen im November 1972 vertreten.

1.3 Die Herbstsynode 1972 der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen beschäftigte sich wiederum mit Fragen der Volksbildung und der Veranstaltungsverordnung, wenn auch jetzt in einer sachlicheren Form als auf der Synode 1971. Dafür wurden andere illusionäre Vorstellungen verbreitet, wie z. B. die Neubelebung von Kontakten zwischen den evangelischen Kirchen der DDR und der BRD und anderen nichtsozialistischen Staaten, die sich nach Meinung der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen durch den Abschluß des Vierseitigen Abkommens und des Berliner Vertrages ergeben könnten. Diese Vorstellungen decken sich mit der inhaltlichen Aussage der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Brandt vor dem Bundestag im Januar 1973 zum 'weiteren Fortbestehen der deutschen Nation'.

Stärker als bisher wurde darauf orientiert, die Partnerschaftsarbeit mit Kirchen der BRD zu erweitern und zu entwickeln. (Vielfältige gegenseitige Einladungen zu kirchlichen Veranstaltungen und Einreiseanträge machen deutlich, daß es sich hier nicht um irgendwelche Privatbesuche handelt, sondern daß die 'Klammer' zwischen den Kirchen in der DDR und der BRD aufs neue belebt und gefestigt werden soll.

Aus vorliegenden Informationen geht hervor, daß im letzten Quartal 1972 häufig Treffs zwischen Geistlichen der Kirchenprovinz Sachsen und Geistlichen aus der BRD in der Hauptstadt der DDR, Berlin, stattgefunden haben. Bei einer dieser Zusammenkünfte wurde auch festgelegt, die nächsten Begegnungen nicht mehr in Berlin, sondern in den einzelnen Kirchenkreisen der DDR, insbesondere in Kirchenkreisen der Altmark, durchzuführen, zu denen dann weitere Geistliche, die von den Superintenden ten aus gesucht werden, hinzukommen sollen.

2. Aus dem Gespräch vom 9.2.1972 ergab sich für die Räte der Bezirke Magdeburg, Halle, Leipzig und Erfurt die Schlußfolgerung verstärkt mit dem Bischof und anderen einflußreichen Personen der Kirchenprovinz Sachsen politisch-ideologisch zu arbeiten. Es ging und geht darum, die positiven Kräfte in dieser Kirche zu stärken.

Die neue, im Mai 1972 gewählte Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zeigt in ihrer Zusammensetzung ein günstigeres Bild. In der Synode sind jetzt mehr Laien als vorher vertreten. Sie bekleiden z. T. einflußreiche Funktionen in unserer sozialistischen Gesellschaft (siehe Amtsblatt der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen Nr. 3 vom 6. 4.1972).

Gegenwärtig ist die Situation noch so, daß die neuen Synodalen keinen wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung der Synode ausüben. Nach wie vor wird die Arbeit der Synode von einer Gruppe negativer Kräfte wesentlich beeinflußt. Andererseits ist in der letzten Zeit festzustellen, daß Bischof Krusche versucht, keine neuen Konfliktsituationen zwischen Staat und Kirche aufkommen zu lassen.

2.1 Die Synode wählte eine Kirchenleitung, die nicht nur verjüngt ist, sondern auch in ihrer Zusammensetzung positiver gewertet werden kann als die bisherige.

Ihr gehören an:

Bischof Dr. Krusche	-	Magdeburg
Konsistorialpräsident Dr. Krause	-	Magdeburg
Präses Waitz	-	Magdeburg
Propst Fleischhack	-	Magdeburg
Superintendent Ziegler	-	Merseburg
Pfarrer Hammer	-	Oberheldrungen
Malermeister Bierstedt	-	Beetzendorf
LPG-Vorsitzender Schröder	-	Wiegitz
Bauingenieur Besser	-	Sömmerda
Dipl.-Mathematiker Höppner	-	Prosen
Ing.-Ökonom Lenzen	-	Zeitz
Senior Kieschnick	-	Magdeburg
Propst Berndt	-	Wittenberg.

Eine Anzahl von Kirchenleitungsmitgliedern stehen sachlichen politischen Argumenten aufgeschlossen gegenüber.

Dazu gehören insbesondere:

Bischof Dr. Krusche
Konsistorialpräsident Dr. Krause
Malermeister Bierstedt
LPG-Vorsitzender Schröder
Dipl.-Mathematiker Höppner
Bauingenieur Besser
Pfarrer Hammer.

Wir schätzen ein, daß diese Kirchenleitungsmitglieder durch eine zielgerichtete politisch-ideologische Arbeit in ihrer Bewußtseinsbildung positiv zu beeinflussen sind.

Komplizierter ist die Arbeit mit den Kirchenleitungsmitgliedern, die sozialdemokratischen Einflüssen unterliegen und eine ‚kritische Distanz‘ zu unserem Staat einnehmen.

Das sind:

Präses Waitz
Senior Kieschnick
Superintendent Ziegler
Propst Fleischhack
Propst Berndt
Ing.-Ökonom Lenzen.

2.2 Zur Kirchenprovinz Sachsen gehören 8 Propste, die an der inhaltlichen Gestaltung der kirchlichen Arbeit maßgeblichen Anteil haben.

Es sind:

Propst Fleischhack	-	Magdeburg
Stellv. d. Bischofs		
Propst Eichenberg	-	Stendal
Propst Brinksmeier	-	Quedlinburg
Propst Berndt	-	Wittenberg
Propst Coym	-	Naumburg
Propst Dr. Falcke	-	Erfurt
Propst Münker	-	Halle
Propst Hoffmann	-	Nordhausen.

Bekannt ist, daß vor jeder Kirchenleitungssitzung das Propst-Kollegium zusammentritt und den Inhalt der Kirchenleitungssitzungen stark beeinflußt und die Entscheidungen mitbestimmt.

Von den Propsten müssen als negativ bezeichnet werden:

Propst Dr. Falcke
Propst Brinksmeier
Propst Coym
Propst Berndt.

2.3 Die Superintenden ten der Kirchenprovinz Sachsen sind nach wie vor eine zuverlässige Stütze der Kirchenleitung.

Es gibt aber Spannungen mit älteren Superintenden ten, die mit der Veränderung der Kirchenkreise einen Abbau ihrer bisherigen Privilegien befürchten.

Wenn es auch unter den Superintenden ten keine einheitliche Haltung zur Kirchenleitung gibt, so muß doch festgestellt werden, daß die von der Kirchenleitung gestellten Aufgaben diszipliniert erfüllt werden.

III. Schlußfolgerungen

Die am Anfang der Einschätzung gestellten Aufgaben sind nur durch eine kontinuierliche staatliche Leitungstätigkeit im Zusammenwirken mit anderen gesellschaftlichen Kräften zu verwirklichen.

Grundlage der differenzierten politisch-ideologischen Arbeit mit der Evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen und ihren Amtsträgern bilden die Beschlüsse der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR.

Bei den Geistlichen und kirchlichen Amtsträgern ist das staatsbürgerliche Bewußtsein weiter zu entwickeln, damit sie zu der Erkenntnis kommen,

- daß die Stärke und Ausstrahlungskraft der Sowjetunion und die wachsende Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft die entscheidenden Faktoren für die Lösung von Problemen sind, die allen Menschen für eine überschaubare Zukunft den Frieden sichern,
- daß die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung die einzige Alternative zu der menschenfeindlichen Politik des Imperialismus darstellt,
- daß der Prozeß der politisch-ideologischen Abgrenzung ein Bestandteil der friedlichen Koexistenz ist,
- daß revisionistische und sozialdemokratische Positionen von ihnen aufgegeben werden müssen,
- daß eine klare Bestimmung des Standortes und Profilierung der Kirche unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaftsordnung erfolgen muß,
- daß die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit gewährleistet wird und keine Angriffe, insbesondere gegenüber innenpolitischen Maßnahmen unseres Staates, erfolgen.

Anlage 2

Konzeptionspapier des MfS, B V Magdeburg, Abt. XX vom 9.10.1981

(Archiv des MfS Berlin, HA XX/4, Nr. 792, Blatt 168-193)

Handschriftliche Bearbeitungsnotizen des MfS stehen als Fußnoten mit *

Abteilung XX

Magdeburg, 9.10.1981

Politisch-operative Lage in der evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen (KPS)

Die Evangelische Kirche der KP Sachsen hat sich unter dem Einfluß der derzeitigen Kirchenleitung zu der reaktionärsten * Landeskirche der DDR entwickelt.

Bei aller Differenziertheit innerhalb der evangelischen Kirchenleitung und unter Geistlichen der KP Sachsen wird auf die Opposition und letztlich konterrevolutionäre Ziele gerichtete Politik von einer relativ fest formierten reaktionären Gruppe innerhalb der KPS bewußt durchgesetzt.

Die vorliegenden Erkenntnisse lassen den Schluß zu, daß der Klassengegner versucht, seine entsprechend der von ihm verfolgten Langzeitkonzeption vorgetragenen Angriffe gegen den realen Sozialismus in der DDR über eine spezifisch klerikale Variante der Inspirierung und Organisierung der politischen Untergrundtätigkeit umzusetzen. Dabei wird vom Klassengegner der Umstand zielgerichtet genutzt, daß die Kirche in der DDR die einzige legal vorhandene Basis zur Durchsetzung seines Langzeitprogramms ist.

Die von der evangelischen Kirchenleitung Magdeburg mitunter gezeigte „reale und sachliche Haltung“, soll die Möglichkeit einer sogenannten „kritischen Mitarbeit“ offenlassen. Hinter dieser Taktik steht die Zielstellung, daß die „kritischen Stellungnahmen“ aus der Kirche gegen ausgewählte gesellschaftliche Bereiche in der DDR einen offiziellen Charakter erhalten und zur geduldeten Praxis in der sozialistischen Gesellschaft werden und aufgrund von „sachlichen Stellungnahmen“ gegen die BRD - Propaganda den „Anschein einer gegen die DDR gerichteten Position der Kirche“ verlieren.

Mit der Wahl von Bischof Dr. Krusche als Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen 1981 wird dieses Konzept für die DDR-Kirchen insgesamt aktueller.

Bereits 1977 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Theologischen Fakultät Basel an Dr. Werner Krusche referierte er über seine Konzeption einer Kirche im Sozialismus:

* Kriterien dafür nennen
(größte Konzentration neg. u. fdl. Kräfte)

„Wir haben dieses Annehmen der Situation auf die Kurzformel „Kirche im Sozialismus“ gebracht. Das heißt zunächst einmal negativ: wir sind nicht Kirche gegen den Sozialismus, wir sind weder die 5. Kolonne des Westens, noch haben wir die Absicht, die Rolle der fehlenden politischen Oppositionspartei zu spielen. Wir entwickeln keine eigene kirchliche Alternative zum Sozialismus, wie er bei uns existiert. Kirche im Sozialismus ist eine Standortbestimmung: wir haben unseren Ort in der sozialistischen Gesellschaft und nicht außerhalb ihrer. Wir stehen nicht mit einem Bein in der DDR und mit dem anderen in der Bundesrepublik. Wir fühlen uns dieser Gesellschaft zugehörig und nehmen am Leben der Menschen, an ihren Freuden, Nöten, ihren Erfolgen und ihren Schwierigkeiten voll teil und halten uns nicht daraus heraus. Wir möchten diese Gesellschaft so mitgestalten helfen können, daß die Menschen gern in ihr leben.“

Andererseits betont er offen seine Absicht, sich an der „Reformierung“ unserer sozialistischen Gesellschaft aktiv zu beteiligen.

„Kirche im Sozialismus meint also: wir nehmen die vom Sozialismus geprüfte gesellschaftliche Situation an als den uns von Gott bestimmten Bewährungsraum unserer Christus-Nachfolge, als Auftragsfeld und Dienstchance.

Das hebt Ängstigungen auf und gibt eine große Freiheit: wir sind dazu befreit, in unserer Gesellschaft den schmalen Weg zwischen Opposition und Opportunismus, zwischen Auflehnung und Anpassung, zwischen pauschalem Nein und pauschalem Ja zu gehen, den Weg zwischen falschen Hörigkeiten und also den Weg der kritischen Solidarität und der mündigen Mitverantwortung.“

„Da - wie gesagt - bei uns den sozialen Rechten besondere Beachtung geschenkt wird, fühlen wir uns als Kirche besonders dafür verantwortlich, darauf aufmerksam zu machen, wo bei uns Verbesserungen in der Verwirklichung individueller Rechte nötig sind und möglich wären. Wir machen darauf aufmerksam, wo Menschen an unserer Gesellschaft krankten und in ihr leiden und reden in Härtefällen mit den Trägern der staatlichen Macht! Wir fühlen uns dabei nicht als Bürgerrechtsbewegung, sondern handeln als Kirche unter der Herrschaft des Gekreuzigten, der uns empfindsam macht für die Nöte der Schwachen, der Übersehenen, der an irgendeiner Stelle Leidenden.“

Durch dieses Handeln unter „der Herrschaft des Gekreuzigten“, für alle Aktivitäten gegen unseren Staat als Rechtfertigung und Motivation gebraucht, wird eindeutig die Absicht verfolgt, an der Entwicklung unserer Gesellschaft zu experimentieren, sie zu Kompromissen und Zugeständnissen im „Dienste der Menschlichkeit“ zu bewegen und so Wegebereiter für einen „demokratischen Sozialismus“ zu sein. Diese Konzeption schafft somit die Bedingungen und Voraussetzungen, die für eine zielgerichtete politische Untergrundtätigkeit feindlich-negativer Kräfte innerhalb und außerhalb der Kirche begünstigend wirkt.

Bei der Mehrzahl der bekannten und/oder operativ bearbeiteten Verdachtshinweise zur politischen Untergrundtätigkeit lassen sich Verbindungen und Kontakte zu kirchlichen Kreisen bzw. deren direkte Einflußnahme dokumentieren.

Das Zusammenwirken innerer und äußerer feindlicher Kräfte wird dabei über die kirchliche Partnerschaftsarbeit realisiert und versucht zu legalisieren. Sie dient

- der gezielten Propagierung pazifistischen Gedankenguts, pessimistischer Weltbilder („ökologische Krise“) sowie der These von dem Fortbestand einer „einheitlichen deutschen Nation“
- dem Erfahrungsaustausch und der Abstimmung des Vorgehens auf speziellen Gebieten (kirchlicher Jugendarbeit, kirchlicher Friedensdienst, Umweltschutz, Gewährleistung der Menschenrechte)
- der Einfuhr kirchlicher Literatur zum Teil antikomunistischen Charakters.

Dabei traten vor allem folgende Einrichtungen und Organisationen bzw. deren Vertreter und Einzelpersonen in Erscheinung:

- das „Gesamteuropäische Studienwerk Bad Oeynhausen“ („Brüsewitz-Zentrum“)
- die ESG'n Braunschweig und Nürnberg im Rahmen ihrer stabilen Partnerschaftsbeziehungen zur ESG Magdeburg
- die Evangelische Kirche Hessen/Nassau und die Evangelische Kirche im Rheinland durch die weitere Aktivierung ihrer Kontakttätigkeit zur Evangelischen Kirchenleitung der KPS.

Die Einreiseentwicklung im Bereich Kirche macht deutlich, 1972: 430 Einreisen, 1979: 3110 Einreisen (DDR gesamt), daß die Tendenz stark ansteigend ist.

Reaktionäre klerikale Kräfte aus dem Operationsgebiet wirken in Realisierung ihrer subversiven Tätigkeit vielfach mit staatlichen Institutionen zusammen, wobei auch ehemalige DDR-Pfarrer einbezogen werden.

So wurde zu dem ehemaligen Mitarbeiter des Evangelischen Konsistoriums Magdeburg, Hoffmann, Ulrich, der im November 1973 die DDR ungesetzlich verlassen hatte, im Analysezeitraum inoffiziell bekannt, daß er als „ehrenamtlicher Mitarbeiter“ des „Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen“ arbeitet. Hoffmann selbst stellte seine diesbezügliche Tätigkeit so dar, daß er regelmäßig Dossiers über Mitarbeiter staatlicher Dienststellen der DDR erhalten würde, so der Referenten für Kirchenfragen der Räte der Kreise bzw. der Bezirke. Hoffmann, der eine ablehnende Position gegenüber der von der Leitung der Kirchenprovinz Sachsen vertretenen Politik bezieht,

verwendet diese Informationen in den von ihm als „ehrenamtlicher Mitarbeiter durchzuführenden Schulungen für BRD-Bürger, die Reisen in die DDR vorhaben bzw. an den Verhältnissen in der DDR interessiert sind.

In ähnlicher Weise wird der als Dozent am Gesamteuropäischen Studienwerk in Bad Oeynhausen tätige, seit 1955 zunächst in der DDR, von 1972-1979 in der VR Polen wohnhaft gewesene Dr. Mechtenberg, Theodor wirksam. Er hält auf 7tägigen Kurzlehrgängen vor jeweils etwa 25 BRD-Bürgern, die in die VR Polen zu reisen beabsichtigen, Vorträge und übermittelt ihnen sie interessierende Informationen. In der Zeit seines Wirkens als katholischer Studentenpfarrer in Magdeburg (1965-1972) trat er in Veranstaltungen provozierend und politisch-negativ auf. Er hatte Verbindungen zu einem „Friedenskreis von Theologen und Laien“ nach Leipzig sowie zu einem „Polenseminar“ und bildete in Magdeburg einen Akademikerkreis (überwiegend aus Angehörigen der Intelligenz der TH Magdeburg). M. unterhielt seinerzeit Kontakte zu einem in einer OVA wegen vorliegender Verdachtshinweise gem. § 100 StGB operativ bearbeiteten Personenkreis (wobei die Verdachtsmomente nicht geklärt werden konnten). *

Obwohl eine direkte Einflußnahme imperialistischer Geheimdienste zur Nutzung der kirchlichen Partnerschaftskontakte im Analysezeitraum nicht nachgewiesen wurde, zeigt ein von der Abteilung VI erarbeiteter Hinweis, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz an Veranstaltungen der ESG Braunschweig aktiv teilnimmt und der Leiter der Verfassungsschutzdienststelle Braunschweig in der ESG eine Veranstaltung durchführte. **

Des weiteren kann eine zunehmende Aktivierung der Kontakte der Kirchenleitung zu staatlichen Institutionen der BRD beobachtet werden.

So erhielt Bischof Krusche bereits mehrfach offizielle Einladungen der Ständigen Vertretung der BRD in Berlin, denen er Folge leistete.

1981 fand in Magdeburg ein Treffen zwischen Krusche und dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Stoltenberg (CDU) im Rahmen eines Aufenthaltes in der DDR statt. Ein organisiertes Zusammentreffen mit dem SPD-Politiker, Eppler, anläßlich einer sogenannten Friedenswoche in Stuttgart wurde von Krusche aus Termingründen abgesagt.

Krusche, der international, vor allem in den westlichen Kirchen ein hohes Ansehen besitzt, wurde in der Westpresse seit einiger Zeit hinsichtlich der Wahl des Vorsitzenden der KEK förmlich in diese Position „hineingeschossen“, als „einer der interessantesten und individualistischsten Köpfe unter den 8 Landesbischöfen jenseits der Elbe für die rund 7 Mill. mitteleutschen Protestanten“ wie „Die Welt“ vom 22.9.1981 schreibt.

Mit ihm wird auch die „deutsche Frage“ verbunden, da er selbst erst 1956 in die DDR kam und gleichzeitig seine Rolle skizziert, daß er mit Sicherheit immer wieder „an Tabu-Themen anführen wird, an Fragen, die die Menschen in beiden deutschen Staaten bewegen: unorthodox, hartnäckig und unbequem“. ***

Es ist in diesem Zusammenhang politisch-operativ bedeutsam, daß der Besuch von Stoltenberg zu einem Zeitpunkt stattfand, als Krusche unmittelbar vor der Wahl als Vorsitzender der KEK stand. Die bereits erwähnten Aktivitäten der Partnerkirchen wurden insbesondere auf der 2. Tagung der IX. Synode der KPS im November 1980 in Halle deutlich.

Der als Gast geladene Vertreter der Rheinischen Kirche, Hennig, Hanns versuchte im Ausschuß „Jugend und Erziehung“ den Ausschuß zu bewegen, auch zur Frage des Mindestumtausches eine Stellungnahme zu verfassen.

Er schlug vor:

- die Festlegungen zum Mindestumtausch als belastendes Moment für die Beziehungen zwischen den Evangelischen Kirchen der DDR und der BRD zu verurteilen
- dazu einen Standpunkt zu formulieren und diesen als offiziellen Antrag an das Plenum der Synode einzubringen.

Diesem Vorschlag, der eine eindeutige Inspirierung für eine Konfrontationspolitik mit dem Staat beinhaltet, wurde nicht entsprochen.

Ein enges Verhältnis verbindet Krusche mit dem Kirchenpräsidenten Hild (Rat der EKD - BRD) und mit dem Pfarrer de Boer, der Mitglied von „Amnesty international“ ist. ****

Kirchlichen Kräften, die für ein positives Verhältnis Staat - Kirche eintreten, stehen kirchenleitende Kräfte entgegen, die bestrebt sind, die kirchlichen Interessen in einer konträren Haltung und mit politischen Provokationen gegen den sozialistischen Staat durchzusetzen. Hierzu gehören vor allem Propst Bäumer, Propst Hinz, OKR Dr. Schultze (alle Magdeburg) und Propst Dr. Falcke, der ein möglicher Nachfolger von Bischof Krusche ist, der 1982 sein Bischofsamt abtritt.

Diesen reaktionären kirchenleitenden Personen stehen eine Reihe von Pfarrern, Superintendenten und Laien beiseite, die eine potentielle Basis zu Inspirierung und Organisation der politischen Untergrundtätigkeit darstellen.

- * Schleusung eines FIM
- ** kann man nicht dulden
- *** Wunsch westl. Kreise. Kr. stammt aus DDR
- **** Kriterien pol. op. Relevanz b. ... [nicht lesbar]

Als Hauptangriffsrichtung dieser negativen Kräfte in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen hat sich die Organisation des gewaltlosen Widerstandes von innen gegen ausgewählte politisch-ideologische Bereiche unserer Gesellschaft unter Wahrung eines Anscheines der „kritischen Mitarbeit“ im Sozialismus herauskristallisiert (so hielt beispielsweise der in der OPK „Spitze“ kontrollierte Leiter der Evangelischen Akademie Magdeburg am 13. 6. 1981 in Stendal einen Vortrag, der sich mit der „Theorie und Praxis des gewaltlosen Widerstandes“ beschäftigte.)

Im Ergebnis der vorgangsmäßigen Bearbeitung der Evangelischen Kirchenleitung konnte der Nachweise erbracht werden daß die Pläne und Absichten der reaktionären klerikalen Kräfte, die von ihnen ausgehende negative und feindliche Beeinflussung sowie Inspiration zu antisozialistischen Handlungen vor allem durch folgende Momente geprägt werden:

- Verstärkung der Tätigkeit unter kirchlich nicht gebundenen „oppositionellen“ Jugendlichen und Studenten unter „sozialen Randgruppen“ sowie Einbeziehung religiös nicht motivierter Jugendlicher in die Jugendarbeit zur Erhöhung des Einflusses unter der Gesamtjugend;
- Angriffe gegen die sozialistische Wehrbereitschaft, und die Anpassung diesbezüglicher Aktivitäten an die „neuen Anforderungen“, die Formierung und Aktivierung von Wehrdienstverweigerern;
- offene Bekundung und aktive Unterstützung negativer Kulturschaffender im Rahmen der Gewährung eines sogenannten „kirchlichen Freiraumes“ und deren bewußte Nutzung zur politisch-ideologischen Beeinflussung Jugendlicher, Angehöriger der medizinischen, wissenschaftlich-technischen und pädagogischen Intelligenz durch die Organisation von Vortragsabenden in kirchlichen Räumen;
- Versuche einer Internationalisierung der negativen und feindlichen Aktivitäten über Verbindungen in sozialistischen Länder (Zunahme der Partnerschaftsbeziehungen in die sozialistischen Staaten und Versuche, ihre Legalisierung und staatliche Sanktionierung zu erreichen);
- ideelle und materielle Unterstützung rechtswidrig auf Übersiedlung in die BRD ersuchender Personen, insbesondere durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in kirchlichen Einrichtungen;

Eine Schlüsselstellung bei der konzeptionellen Ausarbeitung der Ziele, Mittel und Methoden kirchlicher Arbeit und der Einflußnahme selbst nehmen dabei den vorliegenden operativen Erkenntnissen zufolge neben der Evangelischen Kirchenleitung vor allem die Evangelische Akademie und der „Beraterkreis für gesellschaftliche Fragen“ der Evangelischen Kirchenleitung ein (letzterer hat die Aufgabe, Trendbeobachtungen vorzunehmen gesellschaftliche Prozesse und Probleme zu analysieren sowie die Beratung der Kirchenleitung durch nicht im kirchlichen Dienst stehende Experten aller gesellschaftlichen Bereiche zu organisieren).

Zum sogenannten Beraterkreis wird zum späteren Zeitpunkt eine detailliertere Ausführung folgen.
An dieser Stelle einige ideologische Positionen der evangelischen Kirchenleitung:

Zur Friedenssicherung

Mit der Meinung der Kirchenleitung „Alle wollen den Frieden“ negieren sie gleichzeitig die Tatsache, daß die Kriegsgefahr vom Imperialismus ausgeht. Dies fand seinen konkreten Ausdruck in der Verweigerung der Unterschriften zur Willenserklärung, weil sie weltanschaulich motiviert sei. Dieses findet ebenso den Niederschlag in der Forderung nach Abbau von Feindbildern und Versöhnung, wobei diese Vertreter der Evangelischen Kirchenleitung immer mehr in Widerspruch mit einer Reihe von real denkenden Geistlichen kommt, die sich zur Friedenspolitik unseres Staates bekennen.

Zur Beziehung zum sozialistischen Staat

Wenn sich Bischof Krusche und die Kirchenleitung für die Herstellung besserer Beziehungen zum sozialistischen Staat einsetzen, dann mit der Absicht, den der Kirche aus der Trennung Staat – Kirche verbliebenen Spielraum bis zur Grenze für eine Mitsprache in staatlichen Angelegenheiten auszunutzen und sich Möglichkeiten zu schaffen um gegen objektive Prozesse wie kommunistische Erziehung der Jugend und Erziehung zur sozialistischen Lebensweise zu wirken und Raum zur Propagierung ihrer Auffassungen zu schaffen.

Unter diesem Aspekt will die Kirchenleitung ihre Position zur Konfirmation und Jugendweihe wieder klar bestimmen

Die Kirchenleitung ist sehr aktiv bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, vor allem der aus dem Gespräch vom 6. 3. 1978 resultierenden Vereinbarungen, aber legt stets ihren kritischen Standpunkt bei der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber unserer Gesellschaft dar.

Zur Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Sozialpolitik in der DDR ist wesentliches Moment für den Standpunkt der Kirchenleitung, daß „die christliche Kirche das humanistische Wesen des Sozialismus nicht verkennen“ kann.

Jedoch ist die Kirchenleitung nicht in der Lage (oder will es bewußt nicht) den untrennbaren Zusammenhang von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu begreifen. Das seit einiger Zeit rege Interesse Wissenschaft und Technik wird mit einer bürgerlichen Auffassung untermauert:

Ökonomische Zwänge würden zu einer Unterordnung des Menschen unter die Technik führen, die Sozialpolitik wird durch die Überforderung des Menschen im Arbeitsprozeß erkaufte und unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik würde auch in der DDR die Konsumentenideologie, Habsucht und Schluderei begünstigen. Hiermit sät die Kirchenleitung - wobei sie Einzelercheinungen als Wesen ausgibt - Zweifel an der Notwendigkeit und Richtigkeit der Leistungssteigerung.

Zur Verteidigung des Sozialismus

Ausgehend von der Grundhaltung der Ablehnung jeglicher Gewalt seitens der Kirche verstärken sich Tendenzen der Ablehnung der Verteidigungsbereitschaft und der Unterstützung von Wehrdienstverweigerung. Hierbei kann sich die Kirchenleitung auf einen großen Teil der Pfarrerschaft stützen.

Zu den Beziehungen zur BRD-Kirche

Die Kirchenleitung vertritt unter dem Vorwand der gemeinsamen Verantwortung der evangelischen Kirchen der DDR und der BRD für den Frieden die Meinung, daß die Kontakte zur Evangelischen Kirche in der BRD weiter ausgebaut werden müßten. Unter diesem Vorzeichen gab es Versuche, die Anwesenheit von höheren Würdenträgern der BRD-Kirche in der KPS dazu zu benutzen, um Gespräche mit Staatsfunktionären zu arrangieren, denen dann ein „gesamtdeutscher Anstrich“ gegeben werden sollte.

Die Kirchenleitung ignoriert das rege Interesse der BRD-Kirche an der Wiederbelebung der ideologischen Beeinflussung und an der Einmischung * in Angelegenheiten der Kirche in der DDR. Die Haltung der Kirchenleitung in dieser Frage läßt darauf schließen, daß sie der imperialistischen These vom Offenhalten der deutschen Frage nahe steht bzw. nicht dagegen auftritt.

Diese ideologischen Positionen der Kirchenleitung kamen insbesondere 1980/81 bei kirchlichen Veranstaltungen (Synoden, kirchlichen Treffen) und zu kirchlichen Aktionen zum Tragen.

Seit der letzten Stützpunktberatung der im Verantwortungsbereich tätigen BV'n 1979 kam es zu einer Reihe von kirchlichen Aktivitäten im Verantwortungsbereich der BV Magdeburg, die die Richtigkeit unserer politisch-operativen Einschätzung belegen:

- Sympathiebekundung zur konterrevolutionären Zielstellung von „Solidarnosc“ und der geäußerte Wunsch nach einem sogenannten Überschwappen auf die DDR durch Magdeburger Pfarrer Thomas in einem Gottesdienst;

- Das Hirtenwort der Kirchenleitung zur politischen Situation am 10. 2. 1980, in dem die Maßnahmen der SU zur Hilfe und Unterstützung Afghanistans dem Raketenbeschluß von Brüssel gleichgesetzt wurde;

- bei der Eröffnungsveranstaltung der Kirche in Gunsleben (Krs. Oschersleben) äußerte sich Propst Brinksmeier (Quedlinburg) in der Festrede über die „Unmenschlichkeit des Sozialismus“, sprach vom „Zwangsumtausch“ und forderte die Anwesenden auf, sich Möglichkeiten zu schaffen, um die Kontakte zu den BRD-Bürgern zu aktivieren;

- vor der 2. Tagung der IX. Synode drohte OKR Dr. Schultze gegenüber dem Rat des Bezirkes mit einer Stellungnahme auf der Synode, falls die DDR-Regierung die Mindestumtausch-Maßnahme nicht rückgängig macht;

- auf der 2. Tagung der IX. Synode wurde die Nichtakkreditierung der Journalisten als „Eingriff in kirchliche Rechte“ gewertet, die Eröffnungsveranstaltung - eine Kabarettszene enthielt eindeutige politische Provokationen wie:

- Uniformiertheit des Denkens und Handelns in Wahrnehmung und Verantwortung in der Gesellschaft

- Überforderung der Menschen durch Verpflichtungsbewegungen durch Staat und Partei, die nie enden und zur Abstumpfung führen.

- die Durchführung einer sogenannten Friedensminute im Rahmen der Bußtagsgottesdienste im November 1980.

- Das geplante gemeinsame Glockenläuten mit den Kirchen der BRD, welches auch vor allem durch die Grenzgemeinden stattfand, ist als eindeutiger Akt des Festhaltens an der „gesamtdeutschen Theorie“ zu werten.

Im Juni wurde bei einer Zollkontrolle an der GÜST Oebisfelde einem GKR-Vorsitzenden aus Magdeburg-Nord antikommunistische Literatur von dem erklärten Antikommunisten Wurmbrand, Richard entzogen. Dieser äußerte, daß er diese Literatur auf Wunsch eines Pfarrers aus Magdeburg-Nord mitbrachte. Antikommunistische Literatur von Bahro tauchte bereits 1978 bei einem Pfarrer Schmidt in Magdeburg-Nord auf, der die KL darum bat, Unterstützung zur Freilassung Bahro's zu geben.

* Güstrower Synode-... [nicht leserlich]

OKR Dr. Schultze legte im Auftrage der KL dem Pfarrer Sch. dar, daß es für die KL unklug sei, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sich in diese Angelegenheit einzumischen, akzeptierte jedoch die Haltung von dem Sch.

- Politisch-operativ bedeutsam in der Gesamtstrategie der evangelischen Kirche ist die Erörterung der Problematik zur Bildung einer Vereinigten Evangelischen Kirche in der DDR (VEK), die auf der 3. Tagung der IX. Synode im März 1981 in Magdeburg erörtert wurde.

Deutlich wurde hierbei, daß die Evangelische Kirchenleitung der KPS an einer schnellen Vereinigung interessiert ist. Die Bejahung der Bildung einer VEK wird mit dem Argument untermauert, daß die Vertretung kirchlicher Anliegen in der Gesellschaft von einer Stelle aus wahrgenommen wird.

Dieses starke Interesse einer schnellen Vereinigung kann im Ergebnis der Analyse der bisherigen gezeigten Taktik der evangelischen Kirchenleitung gegenüber dem Staat nur die Schlußfolgerung zulassen, daß die reaktionären Kirchen der DDR (also auch die der KPS) ihre Basis zur Durchsetzung ihrer Ziele verbreitern will und somit auch die anderen Landeskirchen, die einen politisch gemäßigten Kurs praktizieren mit in die Konzeption des Langzeitprogramms eingebunden werden. Damit würde die Evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit als ein wesentlich stärkerer und einheitlich in der DDR handelnder Faktor in Erscheinung treten.

Zur ESG wurden Hinweise erarbeitet, die die ESG als einen legalen Zusammenschluß mit verfassungsfeindlichen Zielstellungen charakterisieren.

Die führenden Kräfte innerhalb der ESG nutzen und mißbrauchen die ESG-Tätigkeit, um antisozialistische Verhaltensweisen zu inspirieren. Diese Feststellung gilt in der Tendenz auch für viele Junge Gemeinden in den Kreisen (i. b. Magdeburg, Staßfurt, Haldensleben u. a.). Die Verfassungsfeindlichkeit ergibt sich aus den von der ESG und den Jungen Gemeinden ausgehenden, von den feindlichen Kräften weitestgehend konspirativ vorbereiteten, aber Öffentlichkeitswirksam[keit] anstrebenden Aktivitäten im Rahmen der kirchlichen „gesamtdeutschen“ Ökologie- sowie Friedensbewegung, die sich vor allem gegen Artikel 2,1 und 2,3 der Verfassung (Kritik des „Konsums“ und des Leistungsprinzips), gegen Artikel 7,2 und 23,1 (Landesverteidigung), gegen Artikel 17,2 (sozialistisches Bildungssystem) richten. Dazu zählen:

- Umtauschaktionen für Kriegsspielzeug des Arbeitskreises „Erziehung zum Frieden“ der ESG (Dezember 1980);

- Bildung des Arbeitskreises „Ökologie“ der ESG (April 1981) mit dem Ziel, als geschlossene Gruppe in öffentlichen Veranstaltungen aufzutreten, auf denen Umweltprobleme behandelt werden und fundierte Beiträge zu leisten, um Probleme des „Umweltschutzes in der DDR“ anzusprechen und „Aktionen zu deren Lösung“ zu initiieren. (Hervorzuheben ist, daß zu den eigentlichen Umweltschutzfragen besonders die Fragen des Lebensstils in der sozialistischen Gesellschaft als zur Umwelt gehörend mit einbezogen werden, wobei von einem angeblichen Widerspruch des realen Sozialismus zu den Grundlagen des Marxismus-Leninismus ausgegangen wird);

- Diskussion und Überarbeitung eines durch die ESG Dresden ausgearbeiteten Entwurfs eines Antrages an die Volkskammer der DDR zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und Einführung eines „Sozialen Friedensdienstes“ (seit Mai 1981);

- Vorbereitung eines Jugendgottesdienstes, auf dem „Wehrdienst, Wehrpolitik und sich damit verbindende Fragen“ im Mittelpunkt stehen sollen, verbunden mit einem Schweigemarsch (Juli 1981).

Gegenwärtig beteiligen sich ca. 60-80 Jungerwachsene, überwiegend Studenten der Hoch- und Fachschulen, an der Arbeit der ESG Magdeburg.

Zur politisch-operativen Lage in kirchlich gebundenen Jugendkreisen erfolgt eine gesonderte Einschätzung.

Im Rahmen der „Umweltschutz-Aktivitäten“ klerikaler Kreise zeigten neben der ESG auch einzelne Pfarrer in Magdeburg Aktivitäten, die auf die Bildung nach westlichen Beispiel bestehenden Bürgerrechtsbewegungen abzielen. Hierbei sind die aktivsten Kräfte im Verantwortungsbereich:

Pfarrer Kretzschmann, Erhard
Sympathiebekunder von „Solidarnosc“ durch Unterschriftensammlung, aktive Jugendarbeit,
Mitverantwortlicher für die Kontakte zur Niederländischen Kirche

Pfarrer Loettel, Gerhard
reaktionäres Auftreten gegen die Wehrerziehung
Dr. der Chemie, aktiv in der Organisation der Hauskreistätigkeit

Eine weitere festzustellende Tendenz ist die Tatsache, daß im Verantwortungsbereich das Diakonische Amt der Evangelischen Kirche zum Sammelbecken für Antragsteller auf Übersiedlung in die BRD wird. Zu verzeichnen ist weiterhin, daß diese Antragsteller ein enges Zusammenwirken mit Antragstellern aus gesellschaftlichen Bereichen organisieren, bzw. nach und nach in kirchliche Einrichtungen hineinlanzieren.

Hinsichtlich der Organisation des Zusammenwirkens der festgestellten Personen, die im engen Zusammenhang mit Erscheinungen des politischen Untergrundes in Erscheinung treten, kann eingeschätzt werden, daß

eine Reihe von Mitarbeitern des Diakonischen Amtes in die Organisierung der politischen Untergrundtätigkeit einbezogen werden.

Das Diakonische Amt, als kirchliche Einrichtung in Magdeburg, bietet im gegenwärtigen Zeitraum die größte Gewähr des „Untertauchens“ negativ-feindlicher Personen aus den gesellschaftlichen Bereichen.

Diese 1980/81 aufgezeigten Aktivitäten der Evangelischen Kirchenleitung sind Ausdruck von zielgerichteten und ausgewählten politischen Provokationen, die dazu dienen, die „Belastbarkeit“ der Ergebnisse des Gespräches vom 6. 3. 1978 zu prüfen. Damit soll an der Politik unserer Partei und Regierung ein ständiger Test vorgenommen werden, inwieweit in ausgewählten gesellschaftlichen Bereichen Zugeständnisse erzwungen werden können. In diesem Zusammenhang muß nochmals eindeutig eingeschätzt werden, daß die öffentlichkeitswirksamen sogenannten innerkirchlichen Veranstaltungen in ihrer Anzahl und in der inhaltlichen negativen Aussage zu unserem Staat zugenommen haben. Neben den bereits erwähnten Aktivitäten der ESG zeichnet sich hierbei insbesondere die Evangelische Akademie der KPS verantwortlich, in deren Kuratorium auch leitende Mitglieder der Kirchenleitung wie zum Beispiel OKR Dr. Schultze tätig sind.

Der Leiter der Evangelischen Akademie Pfarrer Tschiche, Joachim ist ein erkannter Feind unseres Staates. T. forderte bereits 1977, den Todestag Brüsewitz's als Bußtag einzuführen und stellte auf der Synode den Antrag zur Bildung der bereits erwähnten sogenannten Beratergruppe der Kirchenleitung für gesellschaftspolitische Fragen.

T. ist in den letzten Jahren in zunehmenden Maße mit einem klaren politischen Programm an die Öffentlichkeit getreten, dessen Hauptpunkte die „Schaffung einer Grundlage gegen den Atheismus und die Gleichgültigkeit... eine Missionsarbeit im weitesten Sinne“ sind. 1981 leitete er eine Veranstaltung mit der Person Czechowski, Schriftsteller mit dem Thema: „Theorie und Praxis des gewaltlosen Widerstandes“. Er ist der Organisator des Zusammenwirkens kirchlicher Kräfte mit negativ und feindlich eingestellten Kunst- und Kulturschaffenden. Die Zuführung und Sammlung feindlicher Kräfte in der EAK geschieht mit dem Ziel, der Verbreiterung der dort vorhandenen feindlichen Basis und Verbreitung der feindlichen Ideologie auf berufsgruppenspezifischen Tagungen. Zum Wirken der EAK erfolgt ebenfalls ein gesonderter Beitrag.

Die derzeitige Lage in der internationalen Klassenauseinandersetzung wird durch die Evangelische Kirchenleitung aufmerksam verfolgt. Inoffiziellen Hinweisen zufolge wird in Sitzungen kirchenleitender Mitglieder vor allem die Lage in der VR Polen aufmerksam verfolgt und diskutiert. Eine offizielle Stellungnahme wurde bisher nur in sofern gegeben, daß die wirtschaftliche Lage in Polen bedauert wird und den in der Öffentlichkeit vorhandenen Vorurteilen gegenüber der Lebensauffassung der Bürger Polens entgegengetreten wird.

Nach wie vor bestehen jedoch enge Beziehungen der Magdeburger Kirchenleitung zu den klerikalen Kräften in Polen. Verantwortlich hierfür zeichnet insbesondere der Dezernent für Ökumene

OKR Berger, Christfried
reaktionärer Vertreter der Kirchenleitung
persönliche Kontakte zu einem Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD in
Berlin, der enge Verbindung zu Institutionen der „Ostforschung“ besitzt.

Durch den B. wurden bereits mehrere Treffen mit polnischen Pfarrern unter Anwesenheit von Vertretern der BRD-Kirche organisiert. B. ist der Leiter des Arbeitskreises Polen beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und verfügt auch durch seine früheren Aktivitäten im Rahmen der „Aktion Sühnezeichen“ über umfangreiche Verbindungen in die VR Polen.

Berger besitzt weiterhin Verbindung zur Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg, zur antikomunistisch orientierten Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Stuttgart und zur Internationale der Kriegsdienstverweigerer.

B. bezog in Zeiten verstärkter Klassenauseinandersetzung Positionen des Feindes.

Entsprechend seiner dienstlichen Möglichkeiten der Kontakthaltung zu ausländischen Institutionen im Rahmen der Ökumenearbeit schließen nicht aus, daß B. ein möglicher feindlicher Stützpunkt ist, zur Sammlung feindlich-negativer Kräfte und Organisation und Zusammenführung dieser unter dem Deckmantel der Ökumene.

An dieser Stelle muß aber auch eingeschätzt werden, daß auf Grund fehlender inoffizieller Basis keine Informationen über die wahre Haltung der Kirchenleitung zu den konterrevolutionären Ereignissen in der VR Polen erarbeitet werden konnte. Ebenso liegen nur vereinzelte Informationen zur Tätigkeit der „Aktion Sühnezeichen“ und des evangelischen Jungmännerwerkes vor, die eine aussagefähige Analyse nicht gewährleisten.

Einige Bemerkungen zur perspektivischen Kaderentwicklung innerhalb der evangelischen Kirchenleitung der KPS. Aus der Analyse der bisherigen inoffiziellen Ergebnisse über die Kaderentwicklung ergeben sich Maßnahmen bei der weiteren Gestaltung der politisch-operativen Arbeit.

1. Als Nachfolger für Bischof Krusche - Magdeburg, der 1982 in Rente gehen wird, hat sich als aussichtsreichster Kandidat Propst Dr. Falcke - Erfurt ergeben.

Propst Dr. Falcke gehört zu den renommiertesten Theologen in der DDR mit großer internationaler Anerkennung und Verankerung in bedeutenden internationalen und nationalen kirchlichen Gremien. In der Kirchenlei-

tung Magdeburg gehört er zum Berater- und Vertrautenkreis von Bischof Krusche und war und ist maßgeblicher Autor und Initiator aller politisch ausgerichteten negativen Stellungnahmen der Evangelischen Kirchen. Mit Propst Falcke als Bischofsnachfolger wird die evangelische Kirchenleitung der KPS auch für weitere 13 Jahre einen zu den politisch-negativen Kräften zählenden leitenden Geistlichen an ihrer Spitze haben.

2. Im April 1980 wurde Pfarrer Kramer - Magdeburg für 10 Jahre als Präsident des Evangelischen Konsistoriums eingesetzt. Damit ist die von der operativen Bedeutsamkeit zweite entscheidende Position in der Evangelischen Kirchenleitung Magdeburg mit einem einflußreichen und renomierten politisch-negativen orientierten leitenden Geistlichen besetzt. Pfarrer Kramer gehört zum Vertrautenkreis von Bischof Krusche, Propst Falcke und Propst Hinz - Magdeburg und war und ist in diesem Kreis aktiv beteiligt an allen politisch-negativen Aktionen der Evangelischen Kirchenleitung Magdeburg.

3. Mit dem Abtritt Bischof Kruhsches wird ebenfalls sein Stellvertreter Propst Bäumer aus Altersgründen ausscheiden. Bei der Neubesetzung dieser Funktion gab es vereinzelt Hinweise, die darin Propst Hinz sahen. Propst Hinz gehört ebenfalls zu den reaktionärsten Kräften in der Kirchenprovinz Sachsen.

Schlußfolgerungen für die weitere Gestaltung der politisch-operativen Arbeit innerhalb der evangelischen Kirche der KPS

Im Ergebnis der dargelegten politisch-operativen Situation innerhalb der Evangelischen Kirchenleitung kann eingeschätzt werden:

Die negativen Kräfte innerhalb der Kirchenprovinz Sachsen haben gegenwärtig die höchsten Leitungsfunktionen inne und bestimmen gegenwärtig die kirchenpolitische Linie in der Kirchenprovinz. Ausgerüstet mit einer langfristigen Strategie, eingebettet in das Langzeitprogramm reaktionärer imperialistischer Kreise, steht unserer gesellschaftlichen Entwicklung ein konzeptionell arbeitender Gegner mit einer gesellschaftlichen Einflußsphäre als Basis gegenüber. Damit stellt die Evangelische Kirchenleitung einen potentiellen Gegner des sozialistischen Staates dar, der aktiv an der Inspirierung und Organisation der politischen Untergrundtätigkeit mitwirkt. *

Folgende Aufgaben sind dabei mit den entsprechenden Dienstseinheiten langfristig zu lösen:

- Isolierung und Bekämpfung der der Entwicklung unserer Gesellschaft schädigenden konzeptionellen feindlichen Tätigkeit und Ideologie der reaktionären Kräfte der Evangelischen Kirchenleitung.
- Differenzierung und Zersetzung der politisch-negativen Kräfte innerhalb der Magdeburger Kirchenleitung durch Neutralisierung dieser Kräfte durch Lancierung loyaler Kräfte in kirchlich bedeutsame Positionen.
- Ständige allseitige Aufklärung der Mitglieder der Kirchenleitung zur Schaffung von Ansatzpunkten von Beeinflussungs- und Zersetzungsmöglichkeiten.
- Zielgerichtete Erweiterung der inoffiziellen Basis in politisch-operativen Schwerpunkten wie Synoden, Kirchenleitung, Konsistorium Magdeburg, ESG und EAK Magdeburg.
- Verhinderung von Konfrontationen seitens der Evangelischen Kirchenleitung mit dem Staat, auf der Grundlage inoffizieller Offensivmaßnahmen und eines engen Zusammenwirkens mit dem Staats- und Parteiapparat.
- Schaffung von operativen Möglichkeiten, die eine Einflußnahme auf Entscheidungen und Stellungnahmen kirchenleitender Kräfte ermöglichen.
- Erarbeitung eines konkreten Nachweises des Mißbrauchs und des Unterlaufens von Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche durch negativ-feindliche Kräfte der evangelischen Kirche zur Unterstützung einer offensiven Politik unserer Partei und Regierung.
- Konsequente Bekämpfung und Zurückdrängung aller erkannten Erscheinungen der Inspirierung und Organisation der politischen Untergrundtätigkeit innerhalb der evangelischen Kirche der KPS.
- Verstärkte Kontrolle und Aufklärung der bekanntgewordenen Partnerbeziehungen und anderer operativ-bedeutsamer Kontakte ins NSW.

* [Am Rande: Anstreichung mit Fragezeichen]

- Verstärkte Einbeziehung solcher kirchlichen Einrichtungen wie

- + Aktion Sühnezeichen
- + Evangelisches Jungmännerwerk

in den Aufklärungsprozeß „Wer ist Wer?“ sowie hinsichtlich ihrer Aktivitäten und Zielstellungen.

- Verstärkte Anleitungstätigkeit der KD'n bei der Herausarbeitung negativ-feindlicher klerikaler Personen sowie Erscheinungen des Vorfeldes der politischen Untergrundtätigkeit innerhalb der evangelischen Kirche zur zielgerichteten Nutzung hinsichtlich der Durchsetzung des Differenzierungsprozesses innerhalb der evangelischen Kirchenleitung.

1. Entstehung des Beraterkreises

Auf der 3. Tagung der VIII. Synode vom 3.-6. 11. 1977 in Erfurt wurde von dem Synodalen, Pfarrer Tschiche, Hans-Joachim, folgender Antrag gestellt:

Die Synode möge beschließen: Die Synode ist grundsätzlich damit einverstanden, daß sich eine Arbeitsgruppe in der Kirchenprovinz Sachsen bildet, die die praktische Beachtung der von der UNO verabschiedeten Charta der Menschenrechte und der Beschlüsse der KSZE von Helsinki in der DDR beobachtet. Die Arbeitsgruppe trägt die theologische und gesellschaftliche Verantwortung für ihr Tun. Die kirchenleitenden Organe behalten sich eine differenzierte und kritische Begleitung dieser Arbeit vor. Die Synode bittet, die Arbeit so zu gestalten, daß diese Arbeitsgruppe einerseits nicht zum antisozialistischen Sammelbecken wird und daß andererseits ihr kritisches Engagement an gesellschaftlichen Vorgängen nicht unglaubwürdig wird.

Pfarrer Tschiche, Hans-Joachim; wohnhaft Samswegen (OPK für XX/4) verbreitet als Leiter der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt auf deren Tagungen politisch-negatives und feindliches Gedankengut und organisiert zielgerichtet Lesungen mit negativen Schriftstellern, die den Charakter des Vorfeldes des politischen Untergrundes tragen.

Als Vorsitzender des Berichtsausschusses nahm Propst Bäumer - Magdeburg zum Ende der Synode Stellung zum Antrag von Tschiche. Propst Bäumer vertrat die Meinung im Plenum, daß im Bericht der Kirchenleitung ausführlich zu den auch im Antrag von Tschiche aufgeworfenen Fragen Stellung genommen wurde.

Zum Antrag von Tschiche sagte Bäumer, daß die Kirchenleitung sich vorbehält, sich selbst dieser Probleme anzunehmen. Deshalb wäre es ein unverantwortbarer Schritt, eine solche Arbeitsgruppe zu bilden. Bäumer regte an, daß eine Beratungsgruppe für die Kirchenleitung gebildet werden soll, die zeitweise und zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen die Kirchenleitung berät.

Mit dieser Stellungnahme von Propst Bäumer wird deutlich, zum Antrag von Tschiche, daß die Kirchenleitung nicht gewillt war, ihre Aktivitäten zur Menschenrechtsproblematik aufzugeben. Propst Bäumer sprach zwar von einem unverantwortbaren Schritt, eine solche Arbeitsgruppe zu bilden und kam somit dem Anliegen des Staatsapparates nach Ablehnung des Antrages nach, jedoch betont er zugleich, daß die Kirchenleitung sich vorbehält, dieser Probleme sich anzunehmen.

Gleichzeitig regt er an, eine Beratungsgruppe für die Kirchenleitung zu bilden, die die Kirchenleitung zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen berät. Damit griff er den eigentlichen Gedanken im Antrag des Synodalen Tschiche auf und deutet auf eine Realisierung hin. Dieses ließ erkennen, daß die Kirchenleitung trotz der Ablehnung dieses Antrages mit der Zielstellung des Antrages von Tschiche konform ging.

Oberkonsistorialrat Dr. Schultze nahm zu diesem Problem nicht öffentlich Stellung und vertrat im kleineren Kreis eine undurchsichtige, zwiespältige Meinung. Einerseits äußerte er, daß Tschiche vielleicht etwas weit gegangen sei, aber die Grundtendenz schon akzeptabel ist. Andererseits erklärte er den staatlichen Vertretern, daß er versuchen wollte, den Antrag von Tschiche herauszunehmen. Inoffiziell wurde bekannt, daß auf Beschluß der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen vom 17. 3.1978 bis 18. 3. 1978 ein Arbeitskreis der Kirchenleitung gebildet wurde, der als Beraterkreis für gesellschaftspolitische Fragen der Kirchenleitung eingesetzt ist.

In diesen Beraterkreis für gesellschaftspolitische Fragen wurden berufen:

- Propst Faicke, Heino
- Propst Hinz, Christoph
- Oberkirchenrat Dr. Schultze, Harald
- Dr. Peker, Jürgen * Stendal [handschriftlich]
- Dr. Höppner, Reinhard * Naumburg [handschriftlich]
- Pfarrer Onnasch, Martin
- Ersatzmann für dieses Gremium ist der Superintendent Jaeger, Joachim * Nordhausen [handschriftlich]

2. Aufgabenstellung und Wirksamkeit des Beraterkreises

Durch die Kirchenleitung erhielt dieser Beraterkreis die Aufgabe

- Trendbeobachtungen vorzunehmen
- Analysen über gesellschaftliche Probleme durchzuführen
- die Arbeit des Bundesausschusses Kirche und Gesellschaft umzusetzen
- Erarbeitung von Berichten an die Kirchenleitung entsprechend ihrer Anforderung

Bei den bisherigen Zusammenkünften dieses Beraterkreises wurden nach inoffiziellen Angaben u. a. Themen diskutiert, wie (Berichterstatte):

- Das Friedenszeugnis (Propst Hinz)
- Die Wegfindung in der sozialistischen Gesellschaft (Dr. Höppner)
- Kirche in Ost/West - Konflikt (Pfarrer Onnasch)
- Christliches Zeugnis und atheistische Ideologie (OKR Dr. Schultze)
- Normalisierungsprozeß - Möglichkeit und Vorbereitung (Propst Falcke)
- Bewältigung der Vergangenheit (Dr. Peker)

Über eine Zusammenkunft am 12.1.1979, an der nur die Personen Höppner, Peker, Schultze teilnehmen, wurde bekannt, daß dieser Personenkreis einschätzte, daß

- in der DDR in der 30jährigen Geschichte eine Funktionsänderung in der marxistisch-leninistischen Ideologie erfolgte
- die ursprüngliche Funktion der Ideologie in der politischen Konzeption in einem gesamtgesellschaftlichen Ziel bestand
- diese antikapitalistische Ideologie in der DDR eine systemstabilisierende Funktion angenommen hat
- die marxistisch-leninistische Ideologie in der Öffentlichkeit und im sozialistischen Bildungswesen eine Scheinrolle spielt, da hier ideologische Traditionsformeln zitiert und proklamiert werden
- seitens des Staates ein Bekenntnis zur marxistisch-leninistischen Ideologie von Personen in verantwortlichen Stellungen erwartet wird
- eine marxistisch-leninistische Ideologie bei Sachentscheidungen gefordert wird.

Über den Stellenwert des Atheismus verständigte man sich auf der Zusammenkunft, daß der Marxismus/Leninismus als Ausdruck des Atheismus integraler Bestandteil der marxistisch-leninistischen Ideologie ist und zur gesamtgesellschaftlichen Zielstellung des Marxismus nicht der Atheismus als Bestandteil dazugehören muß. Es wurde die Auffassung vertreten, daß das Ziel des Marxismus/Leninismus „verblaßt“ sei bzw. „unwirksam zu sein“ scheint, aber noch streng am Atheismus als Überbleibsel der marxistisch-leninistischen Ideologie festgehalten wird.

Seitens des Beraterkreises vertrat man die Auffassung, daß man in der DDR über die folgenden Grundsatzfragen nicht sprechen kann, ohne daß die Möglichkeit der Anwendung strafrechtlicher Verantwortlichkeit gegeben ist:

- Notwendigkeit der staatstragenden Rolle der SED
- Alternativen zum real existierenden Sozialismus in der DDR
- Funktionen der Diktatur des Proletariats

Mögliche Freiräume werden in den Problemkreisen

- Friedenserziehung
- Aktionen zur Humanität

gesehen, wo eine Beeinflussung des Bewußtseins des weiteren möglich ist.

Die Diskussionen sollen sich auf solche toleranten Bereiche wie Chancengleichheit, Glaubensfreiheit, sozialistisches Bildungssystem, Konsumverhalten beschränken.

Der Beraterkreis zog bei der Beratung im Januar 1979 die Schlußfolgerung, daß die Kirchen u. a. folgende Aufgaben übernehmen müssen:

- Analyse von Festreden und Losungen für Jahrestage der DDR mit dem Ziel, eine Trendentwicklung festzustellen
 - Einflußnahme bei kirchlichen Gesprächsbeiträgen, um eine konsequentere Vertretung der marxistisch-leninistischen Ideologie nicht anzuregen
 - weitere Beobachtung und differenzierte Betrachtung der marxistisch-leninistischen Ideologie
- So wurde das von der Evangelischen Kirchenleitung herausgegebene Hirtenwort zum 10.2.1980 zur „gegenwärtigen internationalen Lage“ durch den „Beraterkreis“ erarbeitet.

Der auf der 2. Tagung der IX. Synode verlesene Kirchenleitungsbericht wurde in den Schwerpunkten „konfirmierendes Handeln“ u. a. von Propst Hinz und „Wege in der Gesellschaft“ von Propst Dr. Falcke und OKR Schultze erarbeitet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Entwurf zum Kirchenleitungsbericht wesentlich provokativer war und im Ergebnis des offensiven Vorgehens von Partei und Regierung eine Überarbeitung und Abschwächung der Aussagen notwendig wurde.

Im Juni 1981 nach Beendigung der Tätigkeit dieser 1. Beratergruppe wurde seitens OKR Dr. Schultze wiederum vorgeschlagen, erneut eine „Beratergruppe“ zu bilden.

Dieser „Beratergruppe“ gehören seit Juni 1981 an:

Propst Dr. Falcke	Erfurt
OKR Dr. Schultze	Magdeburg
Propst Hinz	Magdeburg,
Dr. Höppner (Präses der Synode)	Magdeburg, * Berlin [handschriftlich]
Dr. Peker	Stendal
Huhn, Reinhold (Jugendsynodaler)	Magdeburg, * Leiter Gemüsebetrieb [handschriftlich]
Dobbelmann, Herbert	Magdeburg
Dr. Scholz	Gatersleben

Ihre erste Beratung fand am 27.6.1981 statt, die Kirchenleitung hat der „Beratergruppe“ 2 Themen zugewiesen:

1. Erziehung zum Frieden (Beobachtungen der Entwicklung und Vorschläge zur Weiterarbeit)
2. Situation in Polen (Hintergründe und Reaktionen)

Dieses Mandat der Mitglieder soll bis zum 31.12.1982 gehen.

Auf Grund der bisherigen Aktivitäten und der erarbeiteten Stellung zu unserer sozialistischen Gesellschaft der einzelnen Mitglieder dieses Beraterkreises muß eingeschätzt werden, daß sich die Kirchenleitung der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen ein Gremium geschaffen hat, das voll und ganz die Ziele des Sozialdemokratismus vertritt und damit zur geistigen Plattform und Wegbereiter für konterrevolutionäre Aktivitäten im Innern der DDR wird.

Anlage 3

Vortragskonzept eines MfS-Offiziers, ohne Angabe des Verfassers, ca. Ende 1988:

Konzeption zur langfristigen Planung und Organisierung der politisch-operativen Abwehrarbeit in Schwerpunktbereichen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen (Archiv MfS BV Halle, Sachakte 642, S. 1-19)

Genossen!

Die Konzeption zur langfristigen Planung und Organisierung der politisch-operativen Abwehrarbeit in Schwerpunktbereichen der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, angenommen auf der gemeinsamen Koordinierungsberatung am 11.. 10. 1984, bildete eine wesentliche Grundlage der längerfristigen Organisation der politisch-operativen Arbeit. Zur Realisierung der Aufgabenstellungen kam es vor allem darauf an:

1. Den Nachweis einer Inspirierung der feindlich-negativen Kräfte innerhalb der Evangelischen Kirche durch gegnerische Stellen, Institutionen und Personen zu erbringen.
2. Ein abgestimmtes Vorgehen äußerer und innerer Feinde zu verhindern, mit dem Ziel, den Handlungsspielraum des Gegners einzudämmen und einem politischen Druck auf unsere sozialistische Staatsmacht entgegenzuwirken.
3. Den Einfluß feindlich-negativer Kräfte innerhalb der Evangelischen Kirche zurückzudrängen und feindlich-negative Zusammenschlüsse, unter dem Deckmantel der Kirche, zu zersetzen.
4. Die konsequente Aufdeckung des Mißbrauches legaler kirchlicher Möglichkeiten für eine politische Untergrundtätigkeit zu gewährleisten und diese zurückzudrängen.

Die stets bestimmende und perspektivische Aufgabenstellung war und ist die Weiterführung des Differenzierungsprozesses im Bereich der Kirchenleitung und der Synode unter leitenden kirchlichen Vertretern und Laiensynodalen. Dazu ist die Schaffung und Qualifizierung von IM unter kirchenleitenden Personen, die Beeinflussung der Mitglieder der Kirchenleitung durch ausgewählte IM sowie offizielle Einflußkontakte zur Stärkung der realistischen Positionen der entscheidende politisch-operative Prozeß.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß die Kirchenprovinz Sachsen und die anderen Evangelischen Landeskirchen in der DDR sich seit Mitte 1987 in ihrer politischen Positionierung weiter vereinheitlicht und solidarisiert haben.

Dies zeigt sich vor allem in ihrer Haltung

- zu innenpolitischen Entwicklungen und Problemen („Forderungskatalog“),
- zu den Basisgruppen,
- zur Ersucherproblematik,
- zur weiteren Unterstützung der Kräfte der politischen Untergrundtätigkeit sowie
- zur weiteren Praktizierung und Begründung eines sogenannten politischen Mitspracherechtes der Evangelischen Kirche insgesamt.

Dabei sind für die Lagebewertung solche **spezifischen Tendenzen** bedeutsam, wie:

- Nach wie vor sind sachlich realistische Positionen bei der Mehrzahl der Mitglieder der Kirchenleitung vorhanden, die ein provokantes Auftreten gegenüber dem Staat ablehnen und eine sachliche Zusammenarbeit anstreben.
- Daneben wirken einflußreiche feindlich-negative Führungskräfte, die durch ihre konzeptionelle Arbeit sowie ihre Einflußnahme auf eine DDR-weite Basisgruppenbewegung aktiv offen tätig sind, um die Kirchenprovinz Sachsen als einen wichtigen Faktor zur Durchsetzung eines kirchlichen Mitspracherechtes in politischen Fragen zu profilieren.
- In der Synode der Kirchenprovinz Sachsen bestimmen wenige, aber einflußreiche negative Kräfte den Verlauf, Inhalt und Ergebnisse der Synodaltagungen.

Die Mehrzahl vorhandenen realistischen und loyalen Synodalen zeigen ein relativierendes Bestreben, sind aber nicht in der Lage, die feindlich-negativen Kräfte zurückzudrängen. Dadurch hat sich die Synode zu einem Instrument der insgesamt sichtbaren politischen Einmischungsstrategie entwickelt.

Diese kurz skizzierten generellen Entwicklungstendenzen sind durch folgende Faktoren belegt:

Als ein bestimmendes Moment zeigte sich auf der 3. Tagung der 6. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR im September 1987 in Görlitz das Papier „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, das durch einen Antrag von Propst Falcke/Erfurt zum immanenten bestimmenden Bestandteil dieser Tagung und nachfolgender Synoden der einzelnen Landeskirchen wurde. Der darin enthaltene Forderungskatalog zur Veränderung von Teilbereichen unserer sozialistischen Gesellschaft führte zu innerkirchlichen Auseinandersetzungen, in deren Ergebnis sich das Kräfteverhältnis in der Evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen noch deutlicher abzeichnete. Die Kräftepolarisierung innerhalb der Evangelischen Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen hat sich seit November 1987 so entwickelt, daß sich in Entscheidungsfindungen der Kirchenleitung realistische Kräfte, wie Bischof Dr. Demke, Konsistorialpräsident Kramer, zum Teil auch Propst xxx, Präses xxx/alle Magdeburg sowie xxx/Erfurt, xxx/Wernigerode, Agraringenieur xxx/Osterburg, teilweise durchsetzen konnten.

Dabei wurde deutlich, daß sie trotz des weiteren Beharrens auf Grundsatzgespräche und den bekannten „Forderungskatalog“ kirchlicher Kräfte an den Staat an den Grundsätzen des 6. 3. 1978 festhalten wollen. Den überwiegend von Sachlichkeit geprägten Positionen dieser Kirchenleitungsmitglieder wird besonders durch die operativ bekannten Pfarrer Bohley/Magdeburg sowie Propst Falcke/Erfurt massiv entgegengewirkt.

Insbesondere zu den 1987/88, das Verhältnis Staat-Kirche stark belastenden feindlich-negativen Erscheinungen und Ereignissen mit denen die Evangelische Kirche stark verknüpft war, wie unter anderem:

- staatliche Maßnahmen gegen Personen der Umweltbibliothek Berlin,
- Provokation zur Demonstration am 17.1.1988,
- staatliche Maßnahmen zu Kräften der politischen Untergrundtätigkeit und
- das feindliche Wirksamwerden der Ersucher auf Übersiedlung
- Mißbrauch kirchlicher Publikationsmöglichkeiten

wurden von ihnen wirksame Gegenmaßnahmen durch die Evangelische Kirche gefordert. Dabei zeigte sich deutlich die Zielstellung, Personen und Personengruppen, die der politischen Untergrundtätigkeit zuzuordnen sind, in ihr Konzept der langfristigen Veränderungen gesellschaftlicher Teilbereiche mit einzubeziehen.

Damit wird auch die Absicht verknüpft, durch ständige Versuche der Druckausübung auf staatliche Stellen, mit dem Ziel des Nachweises einer sogenannten Rechtsunsicherheit in der DDR, Forderungen feindlich-negativer Kräfte im Innern der DDR durch eine angestrebte kirchliche Basisbreite zu unterstützen.

Diesen offen-provokativen Vorgehensweisen hat die Evangelische Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen letztlich in ihrer Entscheidungsfindung nicht entsprochen. Ungeachtet dessen beharrt sie unter Berufung auf theologische Grundlagen, mit unterschiedlichem Nachdruck und in verschiedenen Varianten auf den bekannten Problemfeldern, wie:

- gesetzliche Regelung zur Reiseproblematik (Durchschaubarkeit der Entscheidungsfindung)
- Forderung nach Verwaltungsgerichtsbarkeit, generell zu bestimmten staatlichen Entscheidungen ihrer Überprüfbarkeit mehr oder weniger orientiert am westlichen Muster
- Forderungen nach Grundsatzgesprächen mit dem Ministerium für Volksbildung
- Durchführung des Bausoldatendienstes nicht in militärischen Objekten der Volkswirtschaft
- Forderung nach Meinungsfreiheit, Medienvielfalt, Mündigkeit
- Demokratisierung der Gesellschaft.

Beeinflußt wird die Kräftesituation in der Kirchenleitung aber auch vor allem dadurch, daß durch Bischof Dr. Demke und Konsistorialpräsident Kramer strikt die Positionen der Konferenz der Kirchenleitung durchgesetzt werden.

Völlig unzureichend ist die Wirksamkeit der Kirchenleitungsmitglieder, die keine hauptamtlichen Mitarbeiter der Kirche sind, sondern in den verschiedensten staatlichen Bereichen, teils in verantwortungsvollen Funktionen, tätig sind.

Sie scheuen sich, eine offene Auseinandersetzung innerhalb der Kirchenleitung zu Auffassungen und Haltungen der eingangs genannten feindlich-negativen Kräfte zu führen. Die Ursachen dafür sind differenziert, deshalb müssen wir tiefgründiger analysieren, welche Motive für ihre Haltungen zugrunde liegen und darauf aufbauend diesen Kräften den Rücken stärken.

Entsprechend der Aufgabenstellung der Hauptabteilung XX/4 zur positiven Profilierung und Festigung der Position Bischof Demkes und der Sammlung, Stärkung realistischer und progressiver Kräfte um ihn, kann eingeschätzt werden:

Bei Bischof Dr. Demke hat sich trotz nach wie vor nicht vorhandener entschiedener Profilierung, seine Haltung für unsere Gesellschaft gefestigt. Seine politische Linie ist geprägt von Realismus, Sachlichkeit, ohne jedoch bekannte unterschiedliche Grundsatzpositionen aufzugeben. Gegenwärtig ist Bischof Dr. Demke stark von Gorbatschow beeindruckt und von daher bezogen auf die Lage im Innern der DDR nicht bereit, politische Zurückhaltung zu akzeptieren. Trotz einer kontinuierlichen politischen Arbeit mit Dr. Demke und operativer Einflußnahme wurde die langfristig konzipierte Zielstellung insgesamt nicht erreicht, ihn zur deutlicheren Positionierung zu führen. Und wir sind uns sicher klar darüber, wie schwer dies insbesondere in der gegenwärtigen Lage ist. Er hat nach wie vor zu wenig Courage und weicht dem Druck feindlich-negativer Kräfte einschließlich der aus dem Operationsgebiet aus.

Negativ auf die Festigung seiner Position macht sich bemerkbar, daß er sowie weitere leitende kirchliche Amtsträger in der Überzeugung leben, daß hervorgerufen durch unterschiedliche staatliche Entscheidungen zu Fragen der Kirchenpolitik eine klare konzeptionelle Linie der Kirchenpolitik seitens des Staates augenblicklich nicht vorhanden sei. Insgesamt betrachten sie in Vergleichen zur SU und den anderen sozialistischen Staaten die innenpolitische Situation in der DDR als eine „Wartesaalsituation“, in der es viele ungelöste Probleme gäbe, auf die die DDR-Regierung nur hinhaltend reagiere. So zeigen sich gegenwärtig auch bei ihm sowie weiteren genannten realistischen Kräften tiefes Unverständnis über die Entscheidungen des Presseamtes beim Ministerrat zum Nichterscheinen der kirchlichen Zeitungen. Die Vielfalt; insbesondere der administrativen Entscheidungen, hat unter anderem auch bei ihm die Haltung zu einer bevorstehenden sogenannten „Eiszeit“ in der staatlichen Kirchenpolitik geprägt. In dieser Situation, so meinen sie, zwingt der Basisdruck auch die Kirchen in der DDR, deutlicher auf allen Ebenen „Druck“ auf die Staatsorgane auszuüben, um anstehende Entscheidungen herbeizuführen. Dafür erarbeiten sie sich ihre innerkirchliche „Legitimation“ mit den bekannten politisch-negativen Synodenbeschlüssen, den Beschlüssen der 2. Ökumenischen Versammlung u. a. Diese differenzierte Darlegung sollte Anlaß sein, daß jeder in seinem Verantwortungsbereich auf der Grundlage der Zielstellungen der langfristigen Konzeption eine Bestandsaufnahme vornimmt, um darauf aufbauend konkrete Aufgaben abzuleiten.

In diesem Zusammenhang sind noch stärker die theologischen Sektionen an den staatlichen Ausbildungsstätten, ich denke dabei besonders an die Universitäten in Halle und Leipzig, zu nutzen. Damit würden wir bessere Voraussetzungen initiieren, eine wirksames Gegenpotential entsprechend unserer Konzeption analog progressiver Zusammenschlüsse, wie des „Weißenseer Arbeitskreises“, der „Sächsischen Bruderschaft“ u. a. zu schaffen. Wie eingangs bereits angedeutet, hält die Evangelische Kirche und damit auch die Kirchenprovinz Sachsen an der weiteren Profilierung der Basisgruppen und überregionalen Zusammenschlüsse fest. Die operativen Aufklärungsergebnisse belegen, daß sich diese Gruppierungen maßgeblich in Folge der Integration einzelner Vertreter in die überregionalen Organisationsstrukturen sowie unterhaltener Einzelkontakte zu Führungskräften der politischen Untergrundtätigkeit auf die Übernahme der operativ bekannten feindlich-negativen Positionen und durchzuführender Aktivitäten konzentrieren.

Als profilierte, konzeptionell wirksame feindliche Kräfte innerhalb der Kirchenprovinz Sachsen sind nach wie vor einzuschätzen:

Propst Falcke	Erfurt
Pfarrer Schorlemmer	Wittenberg
Pfarrer Bohley	Magdeburg
Pfarrer Tschiche	Samswegen
Dr. xxx	Stendal
Dr. xxx	Wittenberg.

Von diesen werden in Abstimmung mit Personen aller politischen Parteien der BRD, mitführenden Vertretern der EKU sowie Mitarbeitern westlicher Botschaften, insbesondere der führenden NATO-Staaten immer wieder konzeptionelle Grundlagen geschaffen und in kirchliche Entscheidungsgremien sowie Basisgruppentreffen eingebracht sowie mit nicht lizenzierten Vervielfältigungsmitteln verbreitet.

Im Sinne einer weiteren Ausgestaltung einer „inneren Opposition“ in der DDR wurden von diesen Personen im vergangenen Jahr umfangreiche Konzeptionen zu den bekannten Problemfeldern erarbeitet.

So zum Beispiel:

Pfarrer Schorlemmer	- „20 Thesen zum Kirchentag in Halle 1988“
Pfarrer xxx	- „Teilhabe statt Ausgrenzung“
xxx xxx	- „Wer sind wir selbst in diesen Herausforderungen“
xxx xxx	- „Pechblende“

Dabei geht es vor allem darum zu solchen Zusammenschlüssen, wie:

- Arbeitskreis Solidarische Kirche,
- Bewegung „Kirche von unten“,
- Arbeitskreis der Wehrdiensttotalverweigerer Berlin-Treptow,

- „Frieden 83“
- Grün-Ökologischer Bund/Arche Berlin sowie
- zu den in den einzelnen Verantwortungsbereichen wirkenden sogenannten Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts-, Wehrdienstverweigerer-, Frauen- und 3. Weltgruppen, Grundlagen für deren Tätigkeit zu schaffen und ein einheitliches, abgestimmtes Vorgehen zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang muß auf das überregionale Wirken des Leiters der Evangelischen Akademie Sachsen/Anhalt, Pfarrer Tschiche ... verwiesen werden.
- Aufgrund der hohen Gesellschaftsgefährlichkeit seines Wirksamwerdens wurde der Bearbeitungsprozeß auf
- die ständige Einflußnahme von gesellschaftlichen und christlich-progressiven Kräften auf den Verlauf der Tagungen,
- die Forderung der innerkirchlichen Auseinandersetzung zwischen kirchenleitenden Vertretern und Pfarrer Tschiche
- die persönliche Diskreditierung des Tschiche ausgerichtet.

Dabei ist insgesamt festzustellen, daß durch Tschiche im Interesse seines langfristigen Zieles der Veränderung der politischen, rechtlichen und ökonomischen Strukturen in der DDR auf die Aufforderung zu spontanen öffentlichkeitswirksamen Demonstrativhandlungen in diesem Sinne verzichtet wird.

Als Leiter der Evangelischen Akademie hält Tschiche auch weiterhin daran fest, durch die Auswahl und Gestaltung einer Vielzahl von Tagungen mit gesellschaftspolitischen Inhalten Kritik an Teilbereichen und Strukturen der sozialistischen Gesellschaft zu üben. Tschiche hat 1989 sein EAK-Programm durch eine neue Reihe zu Fragen der „Philosophie und Kulturgeschichte des griechisch-christlichen Kulturkreises“ erweitert, unter Hinzuziehung von operativ-bekannten Personen aus Berlin, die der politischen Untergrundtätigkeit zuzuordnen sind.

Zur Akademiearbeit ist weiter einzuschätzen, daß durch Tschiche der Prozeß der Internationalisierung der Arbeit der Evangelischen Akademie, insbesondere durch Schaffung von Auftrittsmöglichkeiten von anerkannten Personen aus dem NSW als Referenten in den Tagungen, intensiviert wurde bzw. wird, unter anderem

GRASS, Günter (SPD)
Dr. GÜMLICH, Gertrud/Berlin-West
(Führungsmitglied der BRD-Sektion von IPPNW)

Zu der für den 28.-29. 10. 1988 geplanten EAK-Tagung zum Thema des Grundsatzpapiers zwischen SED und SPD hatte Tschiche Verbindung zu

VOIGT, Karsten
Mitglied des BRD-Bundestages

aufgenommen. Durch Voigt wurde Tschiche eine Abstimmung mit den Mitgliedern der Grundwertekommission der SPD

Dr. EPPLER und MEYER

zugesagt und realisiert. Die Teilnahme wurde durch Eppler aus Termingründen abgesagt.

Diese Tagung wäre sicher ein Beitrag sowohl zur Umsetzung der langfristigen Strategie der SPD als auch zur Realisierung der Strategie der Evangelischen Kirche in der DDR, sich als politischer Faktor zu profilieren, geworden.

Im Interesse der Durchsetzung politischer Zielstellungen ist auch die Tatsache zu bewerten, daß die KKL einen Beschluß herbeiführen soll über den Beitritt der DDR-Akademien zur „Ökumenischen Vereinigung der Akademien und Tagungszentren in Europa“.

Bedeutsam hierbei ist jedoch die Tatsache, daß u. a. auch Pfarrer Tschiche die Absicht unterstützt, einem Beitritt als „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Akademien der DDR“ entgegenzuwirken und eine individuelle Mitgliedschaft der einzelnen Evangelischen Akademien durchzusetzen.

Diese Tatsache würde die Pläne und Absichten zur Erhöhung der... [Wort nicht leserlich] der Wirksamkeit von Pfarrer Tschiche weiter fördern.

Durch kirchenleitende Gremien wurde im Januar 1988 der Vorschlag des Kuratoriums der Evangelischen Akademie Sachsen/Anhalt von Ende November 1987 bestätigt, Tschiche erneut entsprechend des ... [nicht leserlich] für weitere zwei Jahre als Leiter zu wählen.

Mit der Wiederbestätigung des Tschiche in dieser Funktion wird deutlich, daß durch kirchenleitende Gremien offensichtlich kein Interesse an der Herauslösung des Tschiche aus der Evangelischen Akademie besteht und die seit mehreren Jahren operativ gelenkte und geführte Auseinandersetzung immer wieder nur zu Kompromissen im Sinne des Tschiche führten.

Diese Bewertung basiert auf streng intern erarbeiteten Aussagen des xxx, wonach in Übereinstimmung mit kirchenleitenden Kräften seine Position als Leiter der Evangelischen Akademie bis zur Erreichung seines Ruhestandes 1994 gesichert sei.

Es kann eingeschätzt werden, daß Tschiche zur Verwirklichung seiner Auffassungen zur Notwendigkeit der Veränderung der Strukturen in Staat und Kirche ein geschicktes taktisches Lavieren zeigt und dabei immer wieder die Grenzen seines Handlungsspielraums diesbezüglich prüft.

Im operativen Bearbeitungsprozeß gelang es aber bisher nicht, nachzuweisen, ob und wie konkrete Einfluß-oder Steuerungsmechanismen von Kräften aus dem Operationsgebiet auf Tschiche wirksam sind. Hierzu fehlen nach wie vor qualifizierte IM in derartiger Vertrauensstellung bei Tschiche selbst und einigen bekannten Kontaktpartnern aus dem Operationsgebiet.

Die inoffizielle Kontrolle aller EAK-Tagungen war im Berichtszeitraum fast ausnahmslos gewährleistet. Darüber hinaus wurde eine wirksame Kontrolle des Tschiche zu überregionalen Beratungen, Treffen von Basisgruppen und alternativen Zusammenschlüssen in enger Koordinierung mit den Abteilungen XX (der entsprechenden Bezirksverwaltungen) realisiert.

Der Kräfteeinsatz wurde während Schwerpunktveranstaltungen der EAK in bewährter Form weitergeführt und ausgebaut. Er trug dazu bei, daß Tschiche zu den Tagungen aus diesem Grund mehr theologische bzw. staatliche Referenten einsetzen mußte. Als Ursache dafür ist mit zu sehen, daß die Thesen und Auffassungen von Tschiche oft in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Kräften nicht bestehen konnten.

XXXXXXX...

In diesem Zusammenhang ist die seit längerer Zeit anstehende Aufgabe zur Aufklärung feindlicher Aktivitäten im Rahmen des Fortsetzungsausschusses und der Seminare „Frieden konkret“ zu sehen. Dieser seit 1981 mit dem Ziel der Zusammenführung aller sogenannter Basisgruppen unter der mißbräuchlichen Nutzung des Themas „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ wirkender Zusammenschluß wird unter dem maßgeblichen Einfluß des Pfarrer Tschiche auf eine feindlich-negative Positionierung entsprechend des von ihm verfaßten Pamphlets „Teilhabe statt Ausgrenzung“ zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse in der DDR orientiert.

Dabei wurde während des Seminars „Frieden konkret VI“ im Februar 1988 in Cottbus mit seiner Selbstdarstellung als „Vater der Basisgruppen“ sein Führungsanspruch sichtbar.

Bei der „Mitarbeiterinitiative“ als einem weiteren Versuch zur Durchsetzung der Auffassungen von xxx zur Änderung der Strukturen in Staat und Kirche ist seine Inspiratorenrolle im Rahmen der sich im Formierungsprozeß befindlichen „Mitarbeiterinitiative - unabhängige Vertretung kirchlicher Mitarbeiter“ der Kirchenprovinz Sachsen zu werten.

Dieser als „Initiative Pfarrerausschuß“ gegründete Zusammenschluß hatte unter den Pfarrern der Kirchenprovinz Sachsen nicht die angestrebte Resonanz (ca. 40 Interessenten), so daß die Struktur im Interesse einer Breitenwirkung auf nicht ordinierte kirchliche Mitarbeiter erweitert wurde.

Auf der Grundlage einer analogen Zielstellung wie des „AKSK“ wird dieser Zusammenschluß vor allem

durch den

xxx,xxx/Neinstedt, Kreis Halberstadt

Mitglied des Koordinierungsausschusses AKSK

getragen.

Die Haltung der Kirchenleitung zur „Mitarbeiterinitiative“ dokumentiert dazu eine abwartende und im Blick auf die Zielstellung bagatellisierende Position, da dieser Zusammenschluß bisher noch keine Wirksamkeit im kirchlichen Bereich nachwies.

In diesem Sinne wird von den feindlich-negativen Kräften ständig versucht, die Synode gleichfalls politisch zu mißbrauchen. Die Ergebnisse der Synoden bestätigen, ein beständiges Festhalten der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zu ihren bekannten Positionen zur gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Republik.

Dies wurde nachhaltig deutlich auf der vom 27.10-20.10.1988 in Halle stattgefundenen 9. Tagung der X. Synode der Kirchenprovinz Sachsen.

Analog der Situation in der Kirchenleitung sind es auch in der Synode die gleichen Kräfte (xxxxxxx), die ständig versuchen, konzeptionelle und provokative Einzelaktivitäten im Sinne politischer Veränderungen der sozialistischen Gesellschaft in die Synodaltagungen einzubringen. Sie verfolgen das Ziel, mit derartigen Synodenbeschlüssen die kirchliche Legitimation und Öffentlichkeitswirksamkeit für ihre massiven politischen Forderungen zu erlangen.

Die Mehrzahl der Synodalen reagiert auf diese Initiativen abwartend, loyale und realistische Kräfte bringen sich zu wenig polemisch dagegen ein, so daß insgesamt den wenigen, aber einflußreichen negativen Kräften das Feld überlassen wird.

Dabei ist erkennbar, daß zunehmend unter Mißbrauch des Begriffes „Neues Denken“, aber auch zum gemeinsamen Dokument SED - SPD „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ Forderungen zur Wandlung oder auch Retormierung des real existierenden Sozialismus gestellt und diskutiert werden.

Unter Respektierung des Prinzips der Trennung zwischen Staat und Kirche wird es als Aufgabe der Kirche angesehen, gesellschaftliche Defizite aufzuzeigen im Interesse möglicher Veränderungen in gesellschaftlichen Teilbereichen. Dabei wurde durch Bischof Dr. Demke und von Propst xxx die weitere Erhaltung der Dialogfähigkeit und Dialogbereitschaft zwischen Staat und Kirche als einzig praktikabler Weg zur Lösung der von ihnen aufgezeigten Problemfelder dargestellt. Es wird das Bestreben sichtbar an den bisher erreichten Ergebnissen im Dialog mit dem Staat festzuhalten und diesen nicht durch konfrontatives Verhalten in Einzelfragen zu gefährden.

In diesem Zusammenhang ist die Einflußnahme bis hin zur Inspirierung durch äußere Kräfte wie

- Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der BRD, der Botschaften der USA und Großbritanniens,
- Vertreter der Medien der BRD, aber auch Politiker (Eppler, Voigt, Bahr u. a.) von Bedeutung, da zunehmend Aktivitäten von diesen entwickelt wurden. Dabei wird auch deutlich, daß diese unterschiedliche Aufgaben zu lösen haben. Den Medienvertretern geht es vorrangig um die Initiierung von Provokationen, während die anderen offensichtlich langfristig arbeitend um die Etablierung eines politischen Untergrundes in der DDR bemüht sind.

Diese Einschätzung kann aufgrund der Reaktionen, Verhaltensweisen der Synodale, aber auch erarbeiteter inoffizieller Informationen getroffen werden. Sie sollte Veranlassung sein, die im Zusammenhang mit Synodaltagungen bisher gut praktizierte Zusammenarbeit weiter zu qualifizieren, wobei es vor allem darauf ankommt, in der Vorbereitungsphase allen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Das heißt, noch umfassender Informationen über Pläne und Absichten der bekannten feindlich-negativen Kräfte rechtzeitig zu erarbeiten und darauf differenzierte und angemessene Maßnahmen zur Verhinderung feindlicher Angriffe einzuleiten und zu realisieren.

Dies ist nur dann effektiv und wirksam zugleich, wenn die offizielle Durchdringung dieses Personenkreises als ein ständiger Prozeß verstanden wird. Hierbei muß die Schaffung von IM im Vertrauensfeld der feindlich-negativen Kräfte, aber noch stärker von IM mit Einflußmöglichkeiten und offenen Auftretensweisen gegen politisch-negative Positionen in den Mittelpunkt der operativen Arbeit gestellt werden.

In dieser Beziehung schätzen wir aus unserer Sicht ein, daß weitere Fortschritte erreicht wurden, die jedoch noch stärker in solche Positionen, wo es uns gelingt echt Einfluß auszuüben, ausgebaut werden müssen.

Unbefriedigend ist es bisher gelungen, CDU-Mitglieder in den Synoden in dieser Richtung zu aktivieren. Progressiven Einfluß auf den Verlauf dieser Tagungen zu nehmen ist auch über die qualifizierte Arbeit mit diesen und anderen Vertretern der gesellschaftlichen Front erforderlich.

Ein spezifisches, bedeutsames Problem ist die Haltung und Verfahrensweise zu Ersuchern auf Übersiedlung. Im Analysezeitraum wurde sichtbar, daß mit unterschiedlicher Intensität kirchliche Einrichtungen, aber auch kirchliche Veranstaltungen und Veranstaltungen der Basisgruppen genutzt werden, um Provokationen gegen die Staatsmacht vorzutragen.

Dabei spielen die Vertreter westlicher Massenmedien eine inspirierende Rolle. Die indifferente Rolle kirchlicher Vertreter ist dabei ein begünstigender Faktor.

Schlußfolgernd daraus ist es stärker als bisher erforderlich, die Auseinandersetzung mit den jeweiligen kirchlichen Amtsträgern zu führen, damit diese selbst zur Zurückdrängung derartiger feindlicher Aktivitäten Einfluß nehmen.

Durch die politische Auseinandersetzung mit den leitenden Vertretern der Evangelischen Kirche in der DDR insgesamt dazu erreichte Positionen bieten günstige Ansatzpunkte, negative Einzelvertreter der Evangelischen Kirche mit eigenen Kirchenleitungsbeschlüssen zurückzudrängen.

Zu wesentlichen Ergebnissen der Konzeption und weiteren Schlußfolgerungen

Die Hauptaufgabe bestand und besteht darin, die störungsfreie Entwicklung des Verhältnisses Staat-Kirche durch Ausschluß von Störfaktoren mit bedeutsamen politisch-negativen Auswirkungen sowie des politischen Mißbrauches der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen zu gewährleisten. Die dargestellte Lage weist aus, daß in diesem ständigen Prozeß im zurückliegenden Zeitraum Erfolge errungen, aber auch Rückschläge zu verzeichnen waren. Gegenwärtig ist eine Situation entstanden, in der das Staat-Kirche-Verhältnis sehr angespannt ist. Dazu führten die unterschiedlichsten Entwicklungen in der Evangelischen Kirche selbst, in der internationalen Lage sowie in der Innenpolitik der DDR. Es gilt, die Positionen des 6.3.1978 zu stützen und mit allen Mitteln auch im Blick auf die Wahlen 1989 und den 40. Jahrestag der DDR die Lage zu beruhigen und zu versachlichen. Dazu sind die Erfahrungen und Arbeitsergebnisse aus der zurückliegenden politisch-operativen Arbeit voll zur Anwendung zu bringen. Die politisch-operativen Einflußmöglichkeiten auf kirchenleitende Kräfte sind dazu vorhanden und unter dieser einheitlichen Zielstellung differenziert konkret durchzusetzen. Mit den Quellen und Einflußpersonen ist unter diesen komplizierten Bedingungen um die Durchsetzung unserer Positionen zu ringen. Ein wichtiges Moment besteht darin, geschickt die durchaus vorhandenen realistischen Ansatzpunkte bei Bischof Dr. Demke, Präsident Kramer und anderen leitenden Kirchenvertretern mit Einfluß in der Kirchenprovinz Sachsen und in der Konferenz der Kirchenleitungen durch ein besser abgestimmtes Vorgehen aller politischen und operativen Kräfte und Mittel zu nutzen. Bei diesen Kirchenvertretern muß bei allen differenzierten inneren Bindungen an unsere Gesellschaft, ihren spezifischen theologischen und politischen Positionen eine sachliche, realistische und gesprächsbereite Grundhaltung mit dem Staat erhalten bleiben. Insbesondere bei Dr. Demke und auch anderen muß an deren Perspektive in der Evangelischen Kirche der DDR gedacht werden und längerfristige Gesichtspunkte in den Vordergrund gestellt werden vor Augenblicksfragen. Dabei ist stärker der gerade jetzt sichtbar werdenden nicht ausreichenden Breite einflußreicher Quellen in der operativen Arbeit Rechnung zu tragen und eine noch intensivere Quellenschaffung mit Leitungseinfluß unter perspektivischen Gesichtspunkten konzeptionell zu organisieren (dies betrifft schwerpunktmäßig die Evangelische Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen, das Evangelische Konsistorium und das Diakonische Amt in Magdeburg, kirchliche Ausbildungsstätten in Erfurt/ Naumburg, die theologische Sektion in Halle, das gemeindepädagogische Seminar in Potsdam). Bei diesem Prozeß sollten die Referatsleiter XX/4 unterstützt durch die Leiter XX uneigennützig, arbeitsteilig und kameradschaftlich helfend in gemeinsamer Sache wirken. Dazu sind

durch den Referatsleiter XX/4 der Bezirksverwaltung Magdeburg aktuell Fehlstellen, besonders in Leitungsbereichen, unkompliziert den Bezirksverwaltungen, Abteilung XX/4 vorzugeben, um besser gemeinsam operative Potenzen zu erschließen.

Im Zusammenhang mit der Herausbildung der zugespitzten Situation zwischen Staat und Kirche wurde deutlich, wie sich Einflüsse der politischen und kirchlichen Stellen der BRD konkret umsetzen. Insgesamt gelang es uns zu wenig, diese Einflüsse nachweisbar aufzuklären. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, die Einflüsse aus dem Operationsgebiet, besonders aus der BRD über die EKD Partnerschaften, Parteien, Regierungsstellen, einschließlich der bevorrechteten Personen in der DDR konkreter zu erarbeiten. Hierzu sind zu den entsprechenden Kontaktpartnern exakte Übersichten zu führen, die konspirativen Mittel und Methoden zu konzentrieren und deren Einsatz abzustimmen. Dies betrifft schwerpunktmäßig solche Personen, wie Bischof Dr. Demke, zu seinen Partnerbischöfen in der BRD, zur Ständigen Vertretung in der DDR, Präsident Kramer-Ständige Vertretung und Kräften der Partnerkirchen, Propst xxx ..., Pfarrer xxx-Vertreter der USA-Botschaft in der DDR ..., Ptarrrxxx-SPD-Politiker Rau BRD, Prof. Walter Jens BRD und andere.

Um längerfristig das Kräfteverhältnis in den Schwerpunkten Evangelische Kirchenleitung und Synode der Kirchenprovinz Sachsen zu gunsten realistischer loyaler Kräfte zu verändern, sind die Anstrengungen aller beteiligten Bezirksverwaltungen, Abteilung XX/4 mit den Kreisdienststellen zu erhöhen, die für 1989 bevorstehenden Wahlen der Synodalen zur KPS und dann zur Kirchenleitung unter dem Gesichtspunkt des Einbringens loyaler Kräfte und unserer Quellen zu erhöhen. Die Leiter Abteilung XX jeder beteiligten Bezirksverwaltung sollten dazu spezielle für ihre Verantwortungsbereiche geltende konzeptionelle Vorstellungen noch 1988 ableiten und durch die Referatsleiter XX/4 gemeinsam beraten und abstimmen lassen. Daraus sollten dann konkrete Planaufgaben für 1989 und 1990 durch jede beteiligte Abteilung XX abgeleitet werden.

Ebenso bedeutsam ist und bleibt die Durchsetzung einer konzeptionellen breiten Basisarbeit aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte vor Ort mit überzeugendem und gewinnendem Charakter für unsere Politik. Die Bezirksleitungen der SED sind dazu wirksamer in Durchsetzung der zentralen Parteibeschlüsse zu unterstützen, auch dadurch, daß das MfS hierbei offen der geschickt fordernde Partner sein muß.

Diese politische Arbeit ist durch eine stärkere Ausrichtung der spezifischen operativen Arbeit in den Kreisdienststellen unter Anleitung der Abteilung XX wirksamer zu unterstützen und konzeptionell einheitlicher durchzusetzen. Dabei bilden neben anderen Schwerpunkten die qualifizierte konzeptionell abgestimmte kirchenpolitische Arbeit im gesamten Rahmen der Kirchenprovinz Sachsen und für jeden Bezirk über die Räte der Bezirke, Sektor Kirchenfragen eine praktische Schlüsselrolle. Dazu ist noch besser die konzeptionell führende Rolle der jeweiligen Bezirksleitungen der Partei und der Schwerpunkt-Kreisleitungen der SED zu fördern und zu fordern. Diesem Prozeß dienlich wäre die Unterstützung von Koordinierungsberatungen dieser Organe unter Führung der Partei mit den beteiligten Bezirksleitungen der Partei und den Räten der Bezirke. Hier sollte der Einfluß der Stellvertreter Operativ zur Durchsetzung dieses Arbeitsprinzips führen.

Im Prozeß der Zurückdrängung feindlich-negativer Kräfte bleibt ein bisher ungelöstes politisch-operatives Problem, die Schaffung eines geeigneten organisierten, vom MfS konspirativ geführten innerkirchlichen Gegenpotentials zu den politisch-feindlichen Konzeptionen, Plattformen, Einzelangriffen und deren Initiatoren in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. Durch engeren Zusammenschluß der in jeder Bezirksverwaltung sicherlich vorhandenen qualifizierten Potentiale in diesem Sinne, deren konspirative Zusammenführung und materielle Unterstützung, eventuell unter Führung eines geeigneten Kaders bzw. einer Organisationsform der Martin-Luther-Universität Halle muß es hier kurzfristig zu wirksamen Gegenmaßnahmen kommen. Unmittelbar dazu gehörend sollte kurzfristig die Weisung des Genossen Minister auf seiner Dienstkonferenz vom 26.10.1988 einheitlich umgesetzt werden, eine exakte Übersicht zu feindlich-negativen nichtlizenzierten Publikationen aller Art in der Kirchenprovinz Sachsen zu schaffen und differenziert Festlegungen nach politisch-operativer und rechtlicher Wertung zur Unterbindung derselben abgestimmt und für die Kirchenprovinz Sachsen einheitlich durchgesetzt werden. Trotz unbedingt anzuerkennender verstärkter politisch-operativer Arbeit gegen die in der Konzeption festgelegten feindlich-negativen Schwerpunktpersonen sind diese nach wie vor zum Teil mit noch offeneren feindlichen Wirkungsweisen in Erscheinung getreten (siehe Lageeinschätzung). Nüchtern müssen wir feststellen, daß es zu wenig gelang, diese Personen in ihrer negativen Wirksamkeit unschädlich zu machen. Deshalb besteht eine dringende Aufgabe darin, zu diesen erkannten Hauptinitiatoren feindlicher Aktivitäten unsere operativen Kräfte zusammenzuführen und zu konzentrieren. Die Referatsleiter XX/4 sollten beauftragt werden, konkrete realistische Zielstellungen und Maßnahmen für die nächsten Zeiträume an diesen bedeutenden operativen Vorgängen zu den Schwerpunktpersonen differenziert festzulegen, insbesondere die spezifischen Möglichkeiten der vorhandenen Quellen. Und dies noch in Vorbereitung der Planung für 1989. Die Konzentration der politisch-operativen Kräfte und Mittel auf die auch in den nächsten Jahren bestimmenden feindlich-negativen Kräfte sowie zu deren Zurückdrängung erforderliche realistische wirksame Maßnahmekomplexe sollten den Schwerpunkt der 1989 zu präzisierenden Konzeption bilden.

Als Prozeß mit strategischer politischer Bedeutung hat sich die Ökumenische Versammlung der Christen der DDR herausgebildet. Hierbei wurden durch die bekannten feindlich-negativen Kräfte aus der Kirchenprovinz Sachsen sowie der sogenannten Basisgruppen aus dem Verantwortungsbereich der KPS Einflüsse entwickelt und bisher überwiegend auch durchgesetzt, die den Anteil der DDR-Kirchen im Sinne eines politisch bedeutsamen Beitrages zu den ... [nicht leserlich] Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung politisch-negativ prägen. Deshalb kommt es darauf an, die nächsten Vorbereitungstreffen 1989 und 1990 in Basel mit anderen grundsätzlichen politischen bzw. theologischen Positionen zu versehen, die einen tatsächlichen Beitrag in Durchsetzung der Strategie für den Weltfrieden, für die Entspannung und Abrüstung und Beseitigung der gravierenden

politischen und ökonomischen Ungerechtigkeiten in der Welt sowie globaler Umweltprobleme leisten. Die bisherigen Positionen der Orientierung auf rein innenpolitische Prozesse in der DDR sind unbedingt abzubauen. Dazu müssen die Delegierten aus der Kirchenprovinz Sachsen, die Berater und Gäste durch spezielle konzeptionelle Einflussstrategien gebracht werden. Die dafür am geeignetsten erscheinenden Maßnahmen und Kräfte und Mittel Sollten die Referatsleiter XX/4 abstimmen und festlegen. Trotz Fortschritte in der Informationsübermittlung an die Abteilung XX, Bezirksverwaltung Magdeburg zur Wahrnehmung ihrer Federführung zur Kirchenprovinz Sachsen gibt es hier unserer Meinung nach weiterhin Reserven bei uns als auch bei den beteiligten Bezirksverwaltungen. Die Bezirksverwaltung Halle, Abteilung XX realisiert kontinuierlich aufgrund spezieller operativer Möglichkeiten eine qualifizierte Informationsbereitstellung. Die Bezirksverwaltung Erfurt, Abteilung XX und Bezirksverwaltung Suhl, Abteilung XX übermitteln zu einzelnen operativ-bedeutsamen Vorkommnissen und Auftretensweisen aussagefähige Informationen. Aber insgesamt bestehen hier noch durchaus abbaubare Defizite in:

- der Aktualität der Informationsübermittlung
- der lage- und kräfteeinschätzenden Qualität der Informationen
- der direkteren Informationsflussgestaltung zu politisch-operativ-bedeutsamen Veranstaltungen, Auftretensweisen oder auch Gesprächsführung mit leitenden Vertretern der Kirchenprovinz Sachsen
- der bi- oder multilateralen Abstimmung zu Vorkommnissen, Aktionen, Veranstaltungen, IM-Einsätzen etc, besonders zu Synoden, Kirchentagen, überregionalen PUT-Veranstaltungen und dergleichen.

Hierbei sollte unserer Meinung nach der Gesamtverantwortungsgedanke für den Bereich der Kirchenprovinz Sachsen weiterentwickelt und von den Leitern der Abteilung XX gefordert und durchgesetzt werden. Dazu sollte die Leitungsarbeit der Referatsleiter XX/4 in Beratungen, OV-Absprachen, IM-Entwicklungen und Unterstützungen, Einsatzgestaltungen zu operativ-bedeutsamen Veranstaltungen auf Kirchenprovinzebene und anderes noch stärker als bisher durch die Leiter der Abteilung XX weiter qualifiziert werden.

Ich möchte den Vorschlag unterbreiten, auf der Grundlage der heutigen Beratungsergebnisse durch die Leiter der Abteilung XX bis zum 1. 9. 1989 eine den Entwicklungstendenzen auf kirchenpolitischem Gebiet und den neuen Lagebedingungen in der Kirchenprovinz Sachsen entsprechende Präzisierung der Konzeption vornehmen zu lassen. Diese präzisierte Konzeption sollte in der Beratung auf der Ebene Stellvertreter Operativ/Leiter Abteilung XX bis zum 16. 10. 1989 bestätigt werden.